Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 588. Mittag-Ausgabe. Achtundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Montag, den 16. December 1867.**

Deutschland.

O. K. C. Landtags-Verhandlungen.

Berlin, 14. December.

16. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Eröffnung 10¼ Uhr. Die Tribünen sind gefüllt, am Ministertische Frhr. v. d. Heydt, Graf zu Eulenburg und mehrere Commissare.

Der vom Minister des Auswärtigen mitgetheilte Vertrag mit dem Herzog von Coburg-Gotha, betreffend die Abtretung des Schmalkaldener Forstes, wird gedruckt, der Antrag Glasers (Hypothekenbank) einer besonderen Commission, der des Dr. Francke (Provinzialfonds für die Herzogthümer und Nassau) der Budget-Commission überwiesen werden.

Es wird darauf in den Abstimmungen über die Gehaltserhöhungen für die höheren Beamten fortgefahren, nachdem der Wunsch des Abg. Rohden, trotz des ausdrücklichen Schlusses der Specialdiscussion, die in der vorigen Sitzung stattgefunden, dieselbe heute für die noch unerledigten Erhöhungen zu erneuern, vom Präsidenten als unzulässig zurückgewiesen worden. Es handelt sich heute zunächst um die Ministerial-Directoren. Die Regierung verlangt die Erhöhung für 10 dieser Beamten von 4000 auf 4500 Thlr. Für dieselbe stimmen außer den Conservativen und Altliberalen auch einzelne Nationalliberale, wie Krieger, Dr. Engel Graf Schwerin, Müller (Solingen) und Stavenhagen. Die Zählung ergiebt, daß die Bewilligung mit 173 gegen 169 Stimmen und die von der Linken verlangte namentliche Abstimmung, daß sie mit 189 gegen 185 Stimmen erfolgt ist. (Der Präsident bittet wiederholt um Ruhe, um das Resultat der Abstimmung sicher zu stellen.)

Darauf wird die Erhöhung von 3500 auf 4000 Thlr. speciell für einen Ministerial-Director im geistlichen Ministerium bewilligt, dagegen für den Director der Hauptverwaltung der Staatsschulden abgelehnt; desgleichen von 4000 auf 4500 Thlr. für den Geh. Cabinetsrath und den Präsidenten des Oberkirchenraths abgelehnt; desgleichen für die drei Vice-Präsidenten des Ober-Tribunals und den General-Staatsanwalt von je 3500 auf 4000 Thlr. und für die beiden Directoren der Ober-Rechnungskammer von je 3000 auf 3300 Thlr. mit wachsenden Majoritäten abgelehnt.

Zu dem Capitel „Wittwen- und Waisen-Verpflegungs-Anstalten" liegt Virchow's Antrag vor, den Zuschuß zur Wittwen- und Waisenkasse in Frankfurt a. M. von 6830 Thlr. nur provisorisch bis zur definitiven Auseinandersetzung des städtischen und Staatsvermögens zu bewilligen.

Abg. Lasker fragt, ob die Regierung die resp. Kassen in den neuen Landestheilen mit der allgemeinen Wittwenkasse in Berlin zu vereinigen, ob sie die theilweise bedeutenden Capitalien derselben in das preußische Staatsvermögen zu übernehmen gedenke, und ob in dem Beitrage von 103,375 Thlrn. zur Staatsdiener-Wittwenkasse in Kopenhagen der auf Lauenburg fallende Antheil miteinbegriffen sei.

Reg.-Commissar Mölle: Die sofortige directe Vereinigung der Kassen wird nicht beabsichtigt, um nicht die Rechte der bisherigen Mitglieder in den neuen Provinzen zu verletzen. Dagegen wird man die Kassen allmälig dadurch eingehen lassen, daß man keine neuen Mitglieder mehr aufnimmt. Die Capitalien dieser Kassen werden als ein Theil des Staatsvermögens übernommen, und dafür die nöthigen Zuschüsse auf den Staatshaushalts-Etat gesetzt werden. Hinsichtlich der dritten Frage könne er eine bestimmte Antwort nicht ertheilen, doch glaube er nicht, daß die genannte Summe einen Antheil Lauenburgs mit enthalte.

Abg. Dr. Virchow: Lauenburg müsse unzweifelhaft mit eingeschlossen sein, da es zu den Elbherzogthümern gehöre, wie Schleswig und Holstein; auch an Oldenburg sei mit den abgetretenen schleswig-holsteinischen Gebietstheilen ein Theil der in Rede stehenden Verpflichtungen übergegangen.

Reg.-Commissar Geh. Rath Mölle sagt die sorgfältige Prüfung dieser Bemerkungen zu.

Die Positionen werden hierauf genehmigt und die Entscheidung über den Virchow'schen Antrag bis zu dem Titel „Verzinsung und Tilgung der Schulden der Stadt Frankfurt" ausgesetzt, da er sich auch auf diesen bezieht.

Bei dem Capitel „Apanagen" beantragt Abg. Virchow, die Regierung möge den mit dem Kurfürsten von Hessen abgeschlossenen Vertrag vorlegen, zieht den Antrag jedoch zurück, nachdem der Finanzminister die Bereitwilligkeit der Regierung hierzu erklärt hat. Die einzelnen Positionen werden hierauf ohne Debatte genehmigt.

Zu den „Renten und Entschädigungen an Fürsten und Standesherren" beantragt Abg. Virchow, die an den Fürsten zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein zu zahlende Rente von 1000 Thlr. so lange nicht zu bewilligen, als der unter dem 5. Mai 1865 mit dem Fürsten abgeschlossene und durch Verordnung vom 24. Mai 1867 bestätigte Vertrag die Zustimmung der Landesvertretung nicht gefunden hat.

Abg. Dr. Eberty: Dem Vertrage fehlt die verfassungsmäßige Grundlage, da er dem Hause nicht zur Genehmigung vorgelegt ist. Allerdings war der Regierung von der Landesvertretung die Vollmacht zum Abschluß derartiger Verträge ertheilt, jedoch hat das Haus in einem Beschluß vom 9. Mai 1865 ausdrücklich den Grundsatz aufgestellt, daß eine Entschädigung auf Grund solcher Verträge nur mit Bewilligung der gesetzgebenden Faktoren gezahlt werden kann. Erweisen Sie nicht den Standesherren eine Gunst, die zu allen Zeiten Feinde des Bürgerthums, der Freiheit und der nationalen Einheit waren.

Reg.-Commissar Mölle: Mit Genehmigung der Landesvertretung war bestimmt worden, daß es zur Ausführung der Verträge, zu deren Abschluß die Regierung bevollmächtigt war, keines besonderen Gesetzes, sondern nur einer Königlichen Verordnung bedürfe, und auf Grund dieser Bestimmung hat die Regierung die Verhandlungen mit den Standesherren abgeschlossen. Es handelt sich hierbei wesentlich um die Frage, ob in diesen Bestimmungen gleichzeitig die Berechtigung lag, Entschädigungssummen für aufgegebene Rechte zuzugestehen, ohne der speciellen Genehmigung des Hauses zu bedürfen. Dieser Streitpunkt ist noch ein Ueberbleibsel aus der Zeit des Conflicts, und ich bitte Sie, durch Bewilligung der Summe denselben ein für alle Mal zu begraben.

Abg. Dr. Virchow: Die moralische Darstellung der Frage auf der Folie des Conflictes war für mich überraschend; denn es ist lediglich ein Zufall, daß sie in die Zeit des Conflicts behandelt wurde. Der Hr. Commissar hat auf die Berechtigung der Regierung hingewiesen, die Verträge durch königliche Verordnung zum Abschluß zu bringen; ich will diese Berechtigung nicht anfechten, jedenfalls aber bedurfte die Verordnung zu ihrer Giltigkeit der gesetzlichen Form, sie mußte in der Gesetzsammlung publicirt werden, und dies ist nicht geschehen. Der Conflict kann nur dadurch beseitigt werden, daß die Regierung die gewünschte Vorlage macht, und wir müssen unsere Bewilligung um so mehr an diese Bedingung knüpfen, als die Vollmacht des Oberpräsidenten v. Duesberg zum Abschluß solcher Verträge noch fortdauert, und der hier in Rede stehende also wahrscheinlich nicht der letzte ist, der zu Verhandlungen Anlaß giebt.

Abg. Twesten: Auch ich glaube, daß das Verhältniß zu den Standesherren durch eine umfassende Gesetzgebung geregelt werden muß. Auf die Berechtigung der Regierung hinsichtlich dieser Verträge gehe ich nicht näher ein, wenn dieselbe aber eine neue Summe auf den Staatshaushalts-Etat setzt, so ist es zweifellos ihre Pflicht, diese zu motiviren; ohne Kenntniß des Vertrages ist es unmöglich, die geforderten 1000 Thlr. zu bewilligen. — Den Hrn. Regierungs-Commissar möchte ich noch fragen, ob die Position für die Töchter der verstorbenen Gräfin v. Reichenbach-Bassonitz eine neue ist; unter den Familien der ehemals Reichsunmittelbaren ist mir eine Familie dieses Namens nicht bekannt.

Reg.-Commissar Mölle: Die erwähnte Position befand sich bereits im Jahre 1866 in dem Staatshaushalts-Etat Nassau's und ist aus diesem auf den preußischen übernommen worden.

Abg. v. Patow: Durch einen Beschluß des Abgeordnetenhauses ist trotz meines damaligen Widerspruchs der Regierung die Vollmacht zum Abschluß der Verträge ertheilt worden, es müssen deshalb jetzt auch die Verpflichtungen anerkannt werden, welche auf Grund derselben übernommen sind. Die Verträge sind außerdem so abgeschlossen, daß das finanzielle Interesse des Staates in keiner Weise verletzt ist; ich bitte Sie daher, die Bewilligung auszusprechen.

Abg. Lasker: Der Vorredner sagt, daß die Verträge unter angemessenen Bedingungen abgeschlossen seien, wir befinden uns aber gar nicht in der Lage, dies beurtheilen zu können, da die Verträge uns nicht vorliegen. Dies ist aber auch gar nicht der Streitpunkt, sondern unsere Forderung, daß Verpflichtungen des Staates, die auf diesen Verträgen beruhen, der Genehmigung dieses Hauses bedürfen. Es handelt sich im vorliegenden Falle um eine Entschädigungssumme, und wir müssen darauf bestehen, daß die Zustimmung der Landesvertretung, als eines geldbewilligenden Factors, eingeholt werde.

Abg. v. Patow: Ich habe zugegeben, daß die Verträge zur Kenntniß des Hauses zu bringen sind, dieselben können aber von diesem nicht beanstandet werden, wenn die Regierung die ihr ertheilte Vollmacht nicht überschritten hat.

Bei der Abstimmung durch Zählung wird die Rente von 1000 Thlrn. mit 182 gegen 168 Stimmen gestrichen, der Antrag Virchow ist also angenommen. Dies Resultat wird in der namentlichen Abstimmung mit 189 gegen 174 Stimmen bestätigt.

Bei dem Titel zur Verzinsung und Tilgung der Schulden der vormals freien Stadt Frankfurt (im Ganzen 580,100 Thlr.) liegt der wiederholt erwähnte Antrag Virchow vor, der eventuell die Zurückerstattung des Contributions-Anlehens vorbehält. — Abg. v. Patow hält den Antrag Virchow für selbstverständlich und trägt kein Bedenken, für denselben zu stimmen.

Abg. Dr. Virchow betont den besonderen Charakter der in Frage stehenden Anleihe und daß diese Contribution in den Staatsschatz geflossen. Es sei billig, die Rückerstattung an die Stadt Frankfurt gleichfalls aus dem Staatsschatze erfolgen zu lassen.

Regierungs-Commiss. Mölle bestreitet, daß die Rücklieferung aus dem Staatsschatze erfolgen könne, da demselben nicht regelmäßige Einnahmen überwiesen worden wären, sondern eine ganz bestimmte feste Summe.

Abg. v. Patow: Die betreffende Anleihe ist von dem Staate Frankfurt contrahirt. Der Successor dieses Staates, der Staat Preußen, muß daher auch diese Schuld übernehmen.

Abg. Kugler: Nicht der Staat Frankfurt, sondern ein preußischer General hat diese Anleihe auferlegt, der General Vogel v. Falckenstein hat das auf Befehl gethan, keine städtische Behörde.

Der Antrag Virchow wird mit sehr großer Majorität angenommen.

Die Beiträge zu den Ausgaben des norddeutschen Bundes (1. Matricular-Beitrag 16,873,305 Thlr., 2 Aversum für Zölle 37,100 Thlr.), werden mit sehr großer Majorität ohne Debatte angenommen. Die polnische Fraction stimmt gegen beide Positionen.

Zu Nr. VI. (Pensionen und Competenzen) Tit. 1 (Pensionen für Civilbeamte 3,050,000 Thlr., die bewilligt werden), wird ein Antrag des Abg. Dr. Virchow angenommen: die Regierung wiederholt und dringend um Vorlage eines Gesetzentwurfs über die Pensionirung der Civilbeamten zu ersuchen.

Zu Tit. 6 (Wartegelder) giebt Abg. Virchow eine Aufklärung in Betreff der „trüben Quelle", aus der er nach der Meinung des Ministerpräsidenten seine Angaben über den hannoverschen Gesandten Grafen Platen-Hallermund geschöpft haben soll. Es habe sich herausgestellt, daß seine Angabe, daß der Gesandte Graf Platen auf Wartegeld stehe, vollkommen richtig sei; der Herr Ministerpräsident habe den Minister Graf Platen im Sinne gehabt. Redner richtete sodann die Frage an den Regierungs-Commissarius, ob die höheren Summen für die Pensionen der hannoverschen Beamten auf Grund der hannoverschen Gesetzgebung ausgesetzt oder lediglich auf dem Gnadenwege festgesetzt wären. — Es sei sodann unbillig, daß die Beamten aus den Berg- und Hüttenwerken nach der Kategorie derjenigen Beamten behandelt würden, die ohne Weiteres auf Wartegeld gesetzt werden könnten; es kämen häufig Fälle vor, daß die Regierung, wenn sie einen Theil der Berg- und Hütten-Besitzungen verkaufe, während sie die ganze Verwaltung fortbestehen lasse, die dadurch augenblicklich überflüssigen Beamten ohne Weiteres auf Wartegeld setze. Durch ein solches Verfahren werde bewirkt, daß gerade die tüchtigsten Beamten aus dem Staatsdienste in die Privat-Industrie hinübergetrieben werden. Wenn der Staat einmal Industrie treibe, müsse er sich auch in Bezug auf die Verwaltung den Grundsätzen der Privat-Industrie fügen. Das Gesetz von 1848 habe solche Beamte sicher nicht im Auge gehabt, sondern nur Staatsbeamte im strengsten Sinne des Worts.

Reg.-Commissar Mölle: Die Regierung verfährt in dieser Beziehung nur nach den bestehenden allgemeinen Vorschriften. Solche, aus den vom Vorredner angeführten Gründen zur Disposition gestellte Beamte werden so bald als möglich wieder verwendet und dadurch die Härten wieder beseitigt. Was die in Hannover auf Wartegeld gesetzten Beamten betrifft, so muß ich annehmen, daß dieselben nach den alten hannoverschen Gesetzen behandelt werden, muß jedoch bekennen, daß ich darüber leider nicht ganz genau unterrichtet bin.

Abg. Miquel: Die Abmessung des Gehaltes für die in Hannover auf Wartegeld stehenden Beamten ist allerdings nach hannoverschen Gesetzen erfolgt. Jedoch ist die Zahl der zur Disposition gestellten Beamten in den neuen Provinzen in Folge einer besonderen königlichen Ordre weiter ausgedehnt worden, als es in den alten Provinzen gesetzlich zulässig gewesen wäre. In den neuen Provinzen sind nämlich nicht blos die eigentlich politischen Verwaltungsbeamten, sondern fast alle Beamte von irgend welcher Wichtigkeit, auch technische Beamte, wie Gymnasial-Directoren, Bergwerks- und Hüttenbeamte, sobald sie nur oppositionell zu sein schienen, auf Wartegeld gesetzt worden. Viele von diesen noch zur Disposition stehenden Beamten sind dienstfähig und dienstlüchtig und haben auch Neigung, wieder in den Staatsdienst zu treten. Ich würde ihre Wiederanstellung daher für sehr zweckmäßig halten, da man nicht nur große Summen dadurch sparen, sondern auch viele Personen mit den neuen Zuständen wieder aussöhnen würde.

Reg.-Commissar Mölle: Es ist ein allgemeiner Grundsatz, daß die auf Wartegeld stehenden Beamten bei passender Gelegenheit wieder untergebracht werden; auch in Hannover wird dieser Grundsatz in Anwendung kommen. Auch die Regierung ist von der Nothwendigkeit überzeugt, die hannoverschen Beamten gleichmäßig mit den übrigen Beamten in Preußen zu behandeln.

Der Finanzminister: Diejenigen Beamten, welche vor der vorhin erwähnten Verordnung zur Disposition gestellt wurden, werden nach den hannoverschen Gesetzen behandelt; die andern nach der preußischen Gesetzgebung. Diejenigen Beamten, welche den Wunsch aussprechen, wieder beschäftigt zu werden, werden gern wieder angestellt; diejenigen Herren aber, welche diesen Wunsch nicht hegen, wird man auf Wartegeld lassen.

Abg. Dr. Francke: In Schleswig-Holstein sind ähnliche Verhältnisse, wie sie Abg. Miquel aus Hannover geschildert hat. Viele zur Disposition gestellte Beamte sind in vollständiger Ungewißheit über ihr Schicksal, da sie nicht wissen, ob sie wieder angestellt oder pensionirt oder auf Wartegeld gesetzt werden. Ich möchte die Staatsregierung dringend bitten, die Hebung dieser Ungewißheit bald zu bewirken.

Der Finanzminister: Bei einer ganz neuen Verwaltungs-Organisation sind solche Vorkommnisse nicht zu vermeiden; so bald es möglich ist, werden die angedeuteten Wünsche berücksichtigt werden.

Abg. Miquel: Ich bin durch die Erklärungen von der Ministerbank noch nicht befriedigt. Es kann meiner Meinung nach nicht allein abhängen von dem Willen der betreffenden Personen, ob sie wieder beschäftigt werden oder auf Wartegeld bleiben sollen. Wenn die Regierung einen Beamten noch für arbeitsfähig hält und ihm eine passende Stelle anbietet, dieser aber die Annahme verweigert, so muß ihm das Wartegeld entzogen werden. Jede Rücksicht ist hier vom Uebel, wir können unmöglich eine Menge frondirender Beamter dauernd aus dem Staatssäckel besolden.

Der Finanzminister: Der Abg. Miquel hat mich mißverstanden, wenn er meint, ich habe gesagt, daß es blos von dem Wunsche der betreffenden Beamten abhänge, ob sie auf Wartegeld bleiben sollen; ihr Wunsch muß natürlich mit dem Entschlusse der Staatsregierung zusammentreffen.

Abg. v. Hennig: Die eigentliche Frage des Abg. Miquel ist noch nicht erledigt. Durch eine königliche Verordnung ist die Befugniß der Regierung zur Dispositionsstellung der Beamten auf eine größere Zahl von Beamten-Kategorien ausgedehnt worden. Es ist nun aber unser Wunsch, daß auf dem Wege der Gesetzgebung die Bestimmungen dieser Verordnung mit den in den alten Provinzen geltenden Gesetzen in Einklang gebracht werden.

Abg. Dr. Bernhardi: In Hessen sind ganz ähnliche Verhältnisse, die zu ändern im Sinne einer Gleichberechtigung mit den alten Provinzen der dringende Wunsch der ganzen Bevölkerung ist. Wir haben gern alle Lasten getragen, die durch den Anschluß an das größere Staatswesen entstanden sind: wir wollen nun aber auch gleiche Rechte haben und wünschen, daß nicht länger ein großer Theil der Beamten als Beamte zweiter Klasse (Unruhe rechts) betrachtet werden und auf Wartegeld gesetzt werden können, während dies in den alten Provinzen nicht zulässig ist. (Beifall links.)

Abg. Knapp führt aus, daß auch in Nassau ähnliche Verhältnisse obwalten, deren Beseitigung gleichfalls allgemeiner Wunsch sei.

Zu Nr. VII. (Oberpräsidien und Regierungen) beantragt der Abg. Twesten, von den ausgeworfenen 1,437,475 Thlrn. den Betrag von 18,500 Thlr. abzusetzen, und die Erklärung des Hauses, daß für Holstein und Schleswig nur eine gemeinschaftliche Regierung zu errichten sei; ferner: zu Nr. VIII, statt der angesetzten specialisirten Sätze (26,650, 2100, 2000 Thlr. für Bezirkshauptkassen in Hannover) dieselbe Summe, aber als Pauschquantum zu bewilligen, weil die Errichtung von 6 Bezirkshauptkassen in jener Provinz nicht gerechtfertigt erscheint, die etatsmäßige Einrichtung derselben daher nicht bewilligt werden darf.

Abg. Twesten: Es handelt sich hier um die Einführung einer ganz neuen Organisation in den neuen Provinzen. Wir hätten erwarten können, daß die Regierung die ihr bis zum 1. Oktober hinsichtlich der neuen Provinzen verliehene Dictatur nur zum Erlaß der für die Einführung der Verfassung durchaus nothwendigen Maßregeln benutzt hätte. Es ist das leider nicht geschehen; einfache königliche Verordnungen, ja sogar einfache Verfügungen sind als Basen dieser Organisationen für ausreichend erachtet worden. Dabei scheint nun in Schleswig-Holstein, Hannover und Kurhessen die Regierung die neue Organisation ganz nach dem Muster der alten Provinzen vorgenommen zu haben; in Hannover dagegen hat man sich theilweise an die alten Einrichtungen angeschlossen. Außer einem Ober-Präsidenten, dem zwei Räthe beigegeben sind, sehen wir dort eine Provinzial-Finanzdirection für die directen Steuern, eine Provinzial-Steuerdirection für die indirecten Steuern, ein Consistorium und ein Provinzial-Schulcollegium; die eigentliche Verwaltung dagegen wird von der Landdrostei geführt.

An denjenigen Organisationen, die auf Grund königlicher Verordnungen eingeführt sind, werden wir nicht rütteln können, wohl aber an denen, die auf einfachen Verfügungen beruhen; dahin gehören nun die Regierungen und Landdrosteien, die Oberfinanz-Direction, die Bezirkshauptkassen und die Rechnungscommission in Hannover. Mit der Theilung der verschiedenen Befugnisse, die bisher unseren Regierungen zustanden, an verschiedene Behörden, bin ich sachlich ganz einverstanden. Die Constituirung von sechs Landdrosteien dagegen scheint mir zu weit gegangen zu sein. Es ist nicht nöthig, daß so kleine Bezirke gebildet werden, zumal das untere Beamten-Personal in Hannover gleichfalls weit zahlreicher ist als in den alten Provinzen. — Redner geht nun zur Befürwortung seiner Anträge über, die er unter Anführung von vergleichenden Zahlen über die Beamtenverhältnisse der alten und neuen Provinzen und unter Hinweis darauf begründet, daß man nur durch Vorgehen in dieser Richtung hin aus dem bureaukratischen Absolutismus heraus und in eine gesunde Selbstverwaltung hinein gelangen könne.

Der Minister des Innern: Der Unterschied in den Organisationen in Hannover und Schleswig-Holstein einerseits und in Nassau und Kurhessen andererseits beruht darauf, daß wir in Hessen und Nassau keine Einrichtungen vorgefunden haben, die irgendwie Vorzüge vor unseren Zuständen gehabt hätten: man war daher hier im Interesse einer möglichst schnellen Einführung einer geregelten Verwaltung genöthigt, auf die preußischen Einrichtungen zurückzugehen. Anders stand die Sache in Schleswig-Holstein und Hannover. Hier fanden wir theilweise bessere Einrichtungen vor, als wir sie in den alten Provinzen hatten. Die Frage, ob in Schleswig-Holstein ein oder zwei Regierungen einzurichten seien, wurde uns von verschiedenen Seiten verschieden beantwortet; wir waren lange unschlüssig, und nur politische Rücksichten gaben schließlich für zwei Regierungen den Ausschlag. Die hannoverschen Einrichtungen, die in vieler Beziehung Vorzüge vor den unsrigen zeigten, hatten die volle Sympathie der dortigen Bevölkerung, und wir beschlossen daher, was die untern Behörden anbelangt, die Aemterverfassung intakt zu erhalten; es ist in Aussicht genommen, aus mehreren Aemtern einen Kreis zu bilden und einem der Amtmänner diejenigen Befugnisse zu übertragen, die in Bezug auf einzelne Zweige die Landräthe bei uns haben. Was die höhern Instanzen betrifft, so fanden wir dort 7 Landdrosteien vor und als eine Centralbehörde das Ministerium.

Unsere Absicht, an Stelle dieser Drosteien 4 Regierungen in Hannover, Lüneburg, Stade und Osnabrück einzurichten, wurde aufgegeben hauptsächlich mit Rücksicht auf die Wünsche von Ostfriesland, dessen Bevölkerung der Verbindung mit Osnabrück durchaus widerstrebte. Wir ließen daher die Landdrosteien bestehen und neben ihnen diejenigen Institute, welchen die außerhalb der eigentlichen Verwaltung liegenden Competenzen zufallen; über Allen diesen steht der Oberpräsident, als das eigentliche Organ der Staats-Regierung. Im Allgemeinen glaubt die Regierung, daß die Befugniß zur Organisation der Verwaltungsbehörden zu ihren Prärogativen gehört, wir sind aber in Hannover und Schleswig-Holstein aus dem Grunde nicht sofort mit definitiven Maßnahmen vorgegangen, weil wir vorher auch die Ansichten des Landtages hören wollten. Die Regierung ist nun bemüht, etwas zu schaffen, was besser ist, als unsere bisherige Regierung und was zugleich möglichst wenig den Bevölkerungen die einmal lieb gewordenen Einrichtungen zerstört. Ich gehe so weit, zur Erwägung zu geben, ob es nicht an der Zeit ist, auch die Organisation der Regierung in den alten Provinzen zu vereinfachen und zu modifiziren (Bravo!)

Abg. Larz beantragt nach der eben gehörten Darlegung vom Ministertische aus die Verweisung der Twestenschen Anträge an eine Commission, damit ein vollständiger und dem Etat dauernd zu Grunde zu legender Verwaltungsorganisationsplan zu Stande gebracht werde. Abg. v. Vincke (Olbendorf), Twesten, Miquel, Graf Schwerin und v. Bennigsen führen aus, daß der in diesem Antrage liegende Rath zu befolgen zur Zeit nichts nützen würde, daß keine Commission in den Zeitgrenzen, in denen sich die Budgetberathung des Hauses zu bewegen hat, den verlangten Plan endgiltig aufzustellen vermöchte und daß im Augenblick nichts übrig bliebe, als die Mittel für die provisorischen Verwaltungs-Einrichtungen in Hannover und den Herzogthümern in der Form des Pauschquantums, nicht etatsmäßig specialisirt, zu bewilligen. Abgeordneter v. Bennigsen weist jedoch noch ausdrücklich darauf hin, daß die Verständigung über die dauernden Einrichtungen zwischen Landtag und Staats-Regierung rechtzeitig genug gefunden werden müsse, damit sie im Herbst 1868 bei der Aufstellung des Budgets für 1869 auch wirklich benutzt werden könne und man alsdann nicht demselben Provisorium, wie heute, gegenüberstehe; und zwar eine solche, welche alle Provinzen der Monarchie, auch die alten, umfasse, wozu der Minister des Innern durch seinen Hinweis auf eine mögliche Vereinfachung der Regierungscollegien in den alten Provinzen die Hand zu bieten scheine.

Abg. Windthorst bittet in jedem Fall die Berathung der Twesten'schen Anträge für heut abzusetzen, event. die Sitzung überhaupt zu vertagen.

Abg. Larz zieht seinen Antrag zurück. Ein Antrag auf Vertagung wird genehmigt.

Schluß 3¾ Uhr. Nächste Sitzung: Montag 10 Uhr (Tagesordnung: Fortsetzung des Finanz-Etats, des landwirthschaftlichen Ministeriums, Wahlprüfungen).

Berlin, 14. Decbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Kreisgerichts-Rath Steiner zu Landsberg im Regierungs-Bezirk Königsberg und dem Kaufmann Julius Levy zu Berlin den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, dem Rittergutsbesitzer Wilhelm von Jagow auf Stresow im Kreise Osterburg, dem Kreis-Physikus, Sanitäts-Rath Dr. Wilcke zu Greiffenberg im Regierungs-Bezirk Stettin, dem reformirten Pfarrer Roffhack zu Gemarke im Kreise Elberfeld und dem katholischen Pfarrer, Definitor Hengen zu Buch im Kreise Simmern den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, dem Director der Ober-Berg- und Salzwerks-Direction zu Cassel, Johann Rudolph Siegmund Fulda, den Königlichen Kronen-Orden dritter Klasse, dem Schullehrer und Küster Stampehl zu Kuhfelde im Kreise Salzwedel, dem Schullehrer Schnekke zu Schollendorf im Kreise Polnisch-Wartenberg, dem Chausseegeld-Erheber Meyer zu Wrende, Amts Göttingen und dem Stadtnachtwachtmeister Carl Perle zu Schweidnitz das Allgemeine Ehrenzeichen, sowie dem Chaussee-Aufseher Carl Petter zu Werne im Kreise Lüdinghausen, dem Schuhmachermeister Julius Lehmann zu Beeskow, im Kreise Beeskow-Storkow und dem Maurer Theodor Olias aus Angerburg, zur Zeit in Höxter, die Rettungs-Medaille am Bande; ferner dem Registratur-Vorsteher bei dem Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, Kanzleirath Gustav Fritze, den Charakter eines Geheimen Kanzlei-Raths und dem Rechnungs-Rath Ludwig Wallmüller bei demselben Ministerium den Titel als Geheimer Rechnungsrath verliehen.

Der evangelische Pfarrer Spohrmann zu Alt-Oels im Kreise Sprottau ist als erster Lehrer am evangelischen Schullehrer-Seminar zu Kozmin angestellt worden. — Der Wundarzt erster Klasse Zimmermann ist mit Belassung seines Wohnsitzes in Straupitz zum Kreis-Wundarzt des Kreises Lübben ernannt worden.

Berlin, 14. December. [Se. Majestät der König] nahm heute die Vorträge des Militär- und Civil-Cabinets entgegen und arbeitete um 4 Uhr mit dem Minister-Präsidenten.

Se. Majestät der König wird nach der getroffenen Bestimmung Allerhöchstsich am Montag, den 16. d. M. Morgens nach Königs-

Wusterhausen zur Abhaltung der Hofjagden begeben und von dort am Dinstag Abend wieder nach Berlin zurückkehren.

[Se. königl. Hoheit der Kronprinz] und Ihre königl. Hoh. die Kronprinzessin ertheilten gestern Nachmittag ½5 Uhr dem bisher am hiesigen Hofe accreditirten brasilianischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Chevalier v. Araujo und Frau v. Araujo eine Abschieds-Audienz. (St.-A.)

[Militär-Wochenblatt.] v. Bonin, Oberst-Lt. und Platz-Ing. von Danzig, vom 1. Januar 1868 ab zur Wahrnehmung der Geschäfte als Chef der Servis-Abth. im Kriegsministerium commandirt. Rolla du Rosey, Major a. D., zum Rendanten beim Kadettenhause zu Wahlstatt ernannt. Hoffmann, Depot-Magazin-Verwalter in Ohlau, mit Wahrnehmung einer Controlleur-Stelle bei dem Proviantamte in Berlin beauftragt. Koch, Proviant-Amts-Assistent in Mainz, als Depot-Magazin-Verwalter nach Ohlau versetzt. Tschipke, Depot-Magazin-Verwalter in Grottkau, mit Wahrnehmung der Controleur-Stelle bei dem Proviant-Amte in Erfurt beauftragt. Kahleuer, Proviant-Amts-Assistent in Wesel, als Depot-Magazin-Verwalter nach Grottkau versetzt.

⊙ **Berlin**, 14. Dec. [Die angebliche Gebietsabtretung an Frankreich. — Der Nothstand in Preußen. — Lehrer-Dotation. — Lotterie. — Berichtigungen. — Landwirthschaftliches.] Die in der merkwürdigen Rede des Ministers Rouher enthaltenen Aeußerungen über offerirte Gebietsabtretungen an Frankreich erinnern lebhaft an das oft gebrauchte Manöver französischer Blätter, Preußen in dieser Beziehung zu verdächtigen, was stets diesseits ganz entschiedene, officielle Widerlegung gefunden. Nun sagt zwar der Minister nicht direct, Preußen habe ihnen deutsches Gebiet offerirt, doch sind seine Andeutungen nicht anders zu verstehen. Hierauf aber läßt sich nur auf das Bestimmteste erwidern, daß Preußen dem französischen Cabinet niemals auch nur die geringste Hoffnung gemacht, sich deutsches Gebiet aneignen zu können. Allerdings hatte seiner Zeit Drouin de Lhuys den französischen Botschafter am hiesigen Hofe mit Andeutungen in Bezug auf die Möglichkeit von territorialen Erwerbungen für Frankreich beauftragt, diese französischen Andeutungen aber haben gleich, wie es von einem Staate, der die nationale Fahne so eben erst zu der seinigen gemacht, auch nicht anders zu erwarten war, eine solche Zurückweisung erfahren, daß der Botschafter es bekanntlich für nöthig hielt, sofort zur Berichterstattung selbst nach Paris zu eilen; ja, jene Andeutungen haben hier einen solchen Widerstand gefunden, daß sie preußischerseits gar nicht entgegengenommen wurden. Preußen ist also nie auch nur im Entferntesten auf solchen Gedanken eingegangen oder hat ihn etwa nur angedeutet. — Die sogenannten Nothstandsvorlagen, d. h. die Vorlagen wegen Abhilfe des Nothstandes in der Provinz Preußen, sind bekanntlich durch den Finanzminister und den Handelsminister schon vor den Landtag gekommen; dieselben haben wesentlich ihre Grundlagen in den mit den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses und des Herrenhauses, welche jener Provinz angehören, gepflogenen Vorberathungen. Diese haben sich so eingehend mit allen dahin einschlagenden Fragen beschäftigt, daß aus ihnen noch manche Einzelheiten, welche über den Gang der Berathungen Aufschluß geben, als beachtenswerth zu berichten sind. Bekanntlich ist unter den Eisenbahn-Vorlagen, welche zur Hebung der Provinz dienen und den Arbeitern Erwerbe zuweisen sollen, dem Plane der Vorzug gegeben, welcher den Bau einer Eisenbahn von Thorn nach Insterburg bezweckt. Es ist nämlich in Frage gestellt worden, ob diese Linie oder eine Bahn aus dem Innern der Provinz in der Richtung nach dem Meere zu, etwa nach Elbing, den Vorzug haben sollte, also vielleicht die Linie Hütte-Elbing. Auch diese letztere wurde als sehr fördernd für den Verkehr als nothwendig anerkannt, aber man gab der andern entschieden den Vorzug, wenn nicht beide gleichzeitig gebaut würden. Man constatirte, daß durch die Thorn-Insterburger Bahn 13 verschiedene Kreise, durch die Linie Hütte-Elbing nur 3 durchschnitten würden. Letztere würde zwar den Export an Weizen vermitteln, die andere aber wäre deshalb viel wichtiger, weil sie den bedeutenden Export von Roggen nach Berlin und dem mittleren Deutschland vermittelt; auch Zucht- und Mastvieh wird durch diese Linie befördert und außerdem würde dieselbe in Verbindung mit der Ostbahn die Grundlinie für den ganzen Eisenbahn-Verkehr von Ostpreußen bilden. Ist diese Bahn erst ausgeführt, so wird die andere, wie man annimmt, bald nachfolgen und zwar wahrscheinlich durch die eigenen Kräfte der Provinz. Auf den Gesichtspunkt des Erwerbes für die unbeschäftigten Arbeiter wurde natürlich auch großes Gewicht gelegt, und gehört bekanntlich zu den von der Regierung beschlossenen Maßregeln auch die, nach dem Antrage der preußischen Vertreter Staatsvorschüsse zum Bau von Kreischausseen zu gewähren. Das willfährige Entgegenkommen der Regierung wurde mit Dank aufgenommen, aber zugleich wurde die Besorgniß ausgesprochen, daß die Vorschüsse nur auf kurze Zeit gegeben werden möchten und durch ihre frühzeitige Rückforderung die Kreisverbände in Verlegenheit kommen würden, namentlich wenn sie behufs der Rückzahlung die etwa creirten Obligationen schleunigst, also mit großem Verlust verkaufen müßten. Aber auch in der Beziehung sind sie beruhigt worden; die Vorschüsse sollen nicht zur Unzeit drückend zurückgefordert, die Kreise mit aller Rücksicht behandelt und die Forderungen mit den Staatszuschüssen möglichst compensirt werden, wenn sie nicht vorher zurückgezahlt sind. Dadurch wurde dies Bedenken als beseitigt betrachtet und die Versammlung war so zufriedengestellt, daß die Vertrauensmänner den Wunsch geäußert, daß das Protokoll in angemessener Weise der Oeffentlichkeit übergeben werde. — Die Vorlage des Lehrer-Dotationsgesetzes in Verbindung mit dem Lehrer-Pensionsgesetze ist nahe bevorstehend; dieselbe wird zuerst dem Herrenhause zugehen, welchem bekanntlich bisher nur wenige Gesetzentwürfe zur Berathung vorliegen, um den Gang der Sache zu beschleunigen. Die Vorlage wird übrigens wohl nicht durch den Cultusminister in Person geschehen, da er schon seit acht Tagen an einem rheumatischen Uebel leidet und deshalb nicht ausgehen kann. Wahrscheinlich wird einer der anderen Minister ihn vertreten. — Zur Beruhigung unserer lotteriespielenden Leser können wir ihnen mittheilen, daß die von einem hiesigen Blatte gebrachte Nachricht, das Lotteriespiel solle mit dem nächsten Jahre aufhören, noch sehr der Bestätigung bedarf und die Sache noch durchaus nicht als abgeschlossen zu betrachten ist. — Die Mittheilung aus Frankfurt, daß für die städtischen Aemter neue Candidaten aufgestellt werden müßten, weil die Gewählten sämmtlich nicht die Bestätigung erhalten würden, scheint ebenfalls unrichtig und muß man das Nähere abwarten; man scheint die Verhältnisse dort schlimmer darstellen zu wollen, als sie sind. — Das Gerücht, daß der frühere Civil-Commissarius von Hannover, Freiherr v. Hardenberg, zum Regierungs-Präsidenten von Liegnitz bestimmt sei, ist, wie man sicher annehmen kann, falsch, da für Liegnitz der Freiherr v. Zedlitz in Aussicht genommen ist und eine Veränderung dieser Bestimmung kaum wahrscheinlich ist. — Die durch die Presse verbreitete detaillirte Zustimmung über den Ausfall der diesjährigen Ernte darf als nicht zuverlässig angesehen werden, da zur Zeit der Veröffentlichung das Resultat der amtlichen Ermittelungen noch nicht feststand. — Ein großer Theil der für das landwirthschaftliche Museum bestimmten Gegenstände ist bereits hier eingetroffen. Die Aufstellung und Ordnung derselben hat jedoch noch nicht bewirkt werden können, weil noch mehrere Sachen von Wichtigkeit fehlen. Aus den vorhandenen ist aber schon zu sehen, eine wie große Bedeutung das Museum für das landwirthschaftliche Publikum haben wird. Es soll jetzt an die Zusammenfügung der Maschinen herangegangen werden, welche des Transports wegen in einzelne Theile zerlegt werden mußten.

[Zu den Stellvertretungskosten.] Die „Volksztg." erhält folgende Mittheilung: Während des Reichstages wurden dem Ober-Tribunalsrath Dr. Waldeck als Mitglied desselben keine Stellvertretungskosten abgezogen, jetzt ist demselben jedoch die amtliche Mittheilung zugegangen, daß er solche bezahlen soll. Zwei andere Mitglieder des Obertribunals, die Abgeordneten Reichensperger und Frech sind zu der Zahlung von Stellvertretuugskosten bisher nicht herangezogen. Die obige Verfügung ist nach dem Abgange des Justizministers Grafen Lippe erlassen.

[Die Luxemburger Frage] wird durch die Debatten in der holländischen Abgeordnetenkammer von neuem zur Sprache gebracht. „Das Wort" schreibt: Ueber die luxemburgische Frage verbreitet sich nach und nach ein helleres Licht. Nicht nur sollte Luxemburg an Frankreich kommen, sondern auch Preußen hatte schon vorher sein Auge auf unser Ländchen geworfen. Wir wissen nicht, ob die luxemburgische Regierung Kenntniß von diesem Wunsche Preußens hatte; jedenfalls ist nichts davon in die Oeffentlichkeit gedrungen und wir erhalten erst jetzt Kunde davon, und zwar aus der holländischen Kammer. Dort nämlich gab der Minister des Aeußern, dem die luxemburgische Frage das Portefeuille gekostet hat, Erklärungen ab, die wir einer Correspondenz der „Independance" aus dem Haag entnehmen; der Minister van Zuylen sagte dieser Correspenz zufolge:

„Bismarck wollte nicht auf Limburg verzichten. In einer Unterredung mit dem Minister des Aeußern bot zwar der preußische Gesandte Perponcher den Austritt Limburgs aus dem Verbande mit Deutschland an, aber nur gegen eine Entschädigung, was aber van Zuylen rundweg abschlug (diese Entschädigung war, wie unten deutlicher angegeben, Luxemburg). Ebenso wenig warf sich die Regierung in die Arme Frankreichs. Sie richtete eine gleichlautende Note an alle Großmächte, um ihre Ansichten für den Fall kennen zu lernen, wenn Preußen von Neuem Limburg in den Nordbund einverleiben wollte. Die luxemburgische Frage war aufgeworfen worden lange Zeit bevor man davon im Publikum sprach, sowie sich auch im Luxemburgischen eine sehr bedeutende Partei befand, welche die Einverleibung in Frankreich anstrebte. Bis zum 19. März 1867 blieb die holländische Regierung dieser Frage ganz fremd. Als aber die Sachen an dem Punkte angekommen waren, wo es sich nur um die Unterzeichnung des Abtretungsactes handelte, wurde Graf von Bylandt beauftragt, Bismarck in Kenntniß zu setzen. Die Regierung that gegenüber Preußen, was sie gegen Frankreich ein Jahr vorher gethan hatte, als es sich um die Einverleibung Luxemburgs an Preußen handelte. Durch diese Handlungsweise glaubt die Regierung dem Lande einen Dienst erwiesen zu haben; hätte sie anders gehandelt, so hätte Preußen Holland gegründete Vorwürfe machen können."

So der Minister des Aeußern. Wir fragen noch einmal, wie es gekommen ist, daß auch nicht das leiseste Gerücht über die Gefahr einer Annexion unseres Landes an Preußen in die Offentlichkeit gedrungen ist und wer wohl Preußen den ersten Gedanken zu einer solchen Einverleibung im Jahre 1866 gab?

[Das Staatsministerium] trat heute Mittag unter Vorsitz des Minister-Präsidenten im Conferenzzimmer des Abgeordneteuhauses zu einer Sitzung zusammen.

[Juristisches.] Dem Vernehmen nach werden verschiedene disciplinirte richterliche und zur Disposition gestellte Staatsanwalts-Beamte wieder reactivirt, danach auch die Wirkungen einzelner Strafversetzungen paralysirt werden. Von der Ernennung eines Stadtgerichts-Präsidenten in Berlin ist es vorläufig in der Oeffentlichkeit still geworden. Der Kreisgerichts-Director Schulz in Herford wird jedoch als künftiger Inhaber dieser Stelle genannt. Die Nachricht, daß Herr v. Brandenstein die Stelle nicht gewollt habe, ist falsch.

[Die Winterfestlichkeiten am königl. Hofe] werden mit dem Ordensfest beginnen, demnächst wird die Cour folgen und dann drei große Hofbälle auf dem Schlosse. Außerdem werden größere Soireen im Palais stattfinden. Die Kronprinzessin wird an den Vergnügungen des Carnevals nicht Theil nehmen.

Stettin, 14. December, Mittags. [In Folge des Eisganges] ist die Fahrt von hier nach Swinemünde für Segelschiffe, auch vermittelst Bugsirdampfer nicht mehr möglich.

Schwerin, 15. Decbr. [Zollverein. — Vom Landtage.] Ans Sternberg wird mitgetheilt, daß über die Modificationen des mecklenburg-französischen Handelsvertrages eine Einigung erzielt und der betreffende Vertrag in Paris unterzeichnet ist. Es ist dadurch jedes Hinderniß für den Eintritt Mecklenburgs in den Zollverein beseitigt. — In der gestrigen Sitzung des Landtages wurde die landesherrliche Antwort betreffend die Steuerfrage verlesen. Beide Regierungen fordern eine bedingungslose Bewilligung der durch die Bundesverfassung gebotenen Kosten. Die Ritterschaft hat in Folge dessen die nöthigen Gelder pure bewilligt; die Landschaft begleitet ihre Bewilligung mit der Bitte, es möge bei den Verhandlungen über die Steuern kein steuerpflichtiger Gegenstand ausgeschlossen werden.

Hamburg, 14, Dec. [Eisenbahn und Anleihe.] In dem Seitens des Senats der Bürgerschaft vorgelegten Vertrage mit der Köln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft ist die Uebernahme von 10 Mill. 4½ pCt. Prioritäts-Obligationen zum Course von 95 pCt. stipulirt und sucht deshalb der Senat für die Finanz-Deputation die Ermächtigung zu einer Anleihe von 9½ Millionen Thaler nach. Die Prioritätsobligationen sind unter Vorbehalt des der Stadt Hamburg eingeräumten Anticipirungsrechts in fünf jährlichen Terminen aufzunehmen und dürfen erst nach 10 Jahren von Hamburg wieder an den Markt gebracht werden. (T. B. f. N.)

Köln, 13. December. [Die Reiterstatue des Königs.] Seit der Frühe des heutigen Morgens prangt auf der Ostseite der hiesigen festen Rheinbrücke das von der Meisterhand des Professors Drake in Berlin modellirte prächtige Reiterstandbild unseres Königs Wilhelm. Der heftige Sturm in vergangener Nacht war die Veranlassung, daß die vollständige Enthüllung der Statue einige Tage früher, als es beabsichtigt war, vorgenommen wurde. Dies konnte um so unbedenklicher geschehen, als die Veranstaltung irgend einer Feier nicht in Aussicht genommen war; denn schon im Januar d. J. und auch noch in der jüngsten Zeit hat Se. Maj. der König auf das bestimmteste erklärt, daß er bei der Enthüllung seines Reiterstandbildes nicht die mindeste Feierlichkeit veranstaltet wissen wolle. (K. Z.)

Naumburg, 12. Decbr. [Ein Gesangbuchsstreit.] Gegen tausend Glieder der hiesigen St. Wenzelskirche hatten unter dem 20. Juni d. J. den Antrag an das Consistorium gerichtet, von Einführung eines anderen Gesangbuchs hierselbst Abstand zu nehmen, und sich dann nach erfolgter Zurückweisung beschwerend an den evangelischen Ober-Kirchenrath gewendet. Vor einigen Tagen ist von letzterer Kirchenbehörde nun der Bescheid ertheilt worden, daß es bei der Entscheidung des Consistoriums sein Bewenden behalten müsse. Der evangelische Ober-Kirchenrath sagt dabei u. A: „Nach dem Urtheile aller Sachverständigen gehört das Naumburger Gesangbuch überhaupt zu den schlechtesten Liedersammlungen und wird unter den in der Provinz Sachsen im Gebrauche befindlichen Gesangbüchern nur noch von dem neuen Magdeburger in dieser Hinsicht übertroffen, weshalb wir dasselbe auch wie dieses für die kirchliche Erbauung der Gemeinden für ungeeignet erklärt und das königliche Consistorium angewiesen haben, in geeigneter Weise auf dessen Vertauschung mit einem bessern hinzuwirken." Das betreffende Comite bringt diesen Bescheid mit folgendem Zusatze zur öffentlichen Kenntniß: „Wir können nur bedauern, daß unser redliches Streben, den kirchlichen Frieden in unserer

---

Arnstein.

Roman von Gustav vom See (G. v. Struensee).

Dritter Theil.

In Arnstein.

Achtzehntes Capitel.

Vater und Tochter.

Es war seit jenem verhängnißvollen Tage das erste Mal, daß Hugo und Alice sich wiedersahen. Er stand, in fieberhafter Aufregung sie erwartend, an einen Tisch gelehnt, die Hand, womit er sich stützte, zitterte merklich. Die van der Maar saß schweigend in einem Sessel, seine dunkelen Augen hafteten unruhig und unsicher an der Stelle, an welcher sie erscheinen sollte, eine tiefe Blässe bedeckte sein Gesicht. Da öffnete sich die Thür und sie trat ein, schwankenden Schrittes, gestützt auf den Arm ihrer Mutter; ihre Augen waren niedergeschlagen und eine tiefe Röthe überflog ihr bis dahin bleiches Gesicht. Sie zögerte unwillkürlich weiter zu gehen, sie fühlte ihre Kniee beben, ihre Kräfte schwinden.

Er raffte sich gewaltsam auf und trat ihr rasch entgegen und faßte ihre beiden Hände, während er sie mit dem Ausdruck der innigsten Liebe ansah.

Meine theuere, liebe Alice, sagte er dann mit leiser, bebender und tiefbewegter Stimme — meine geliebte, lange vermißte, lange vergeblich gesuchte Tochter, komm — komm an das Herz Deines Vaters!

Leise umschlang er sie und zog sie an sich; er fühlte ihr Erbeben als seine Arme sie umfaßten, ihr Kopf sank an seiner Brust herab und Thränen entströmten ihren Augen. Er hielt sie aufrecht, während sie sanft an ihn gelehnt, zitternd da stand, und küßte leise ihre Stirn.

Wir werden uns Beide erst in unser Glück finden müssen, mein theures Kind, flüsterte er zu ihr hinabgebeugt, das Geschick hat es mir nicht vergönnt, die Tage Deiner Kindheit zu beschirmen, es hat Andere an meine Stelle gesetzt, und Du wirst die Liebe zu Deinem Vater erst erlernen müssen, — aber Dein Herz — Dein Herz wird Dir jetzt schon sagen, wie süß es ist, an seiner Brust zu ruhen, und er — er wird nachholen Alles, Alles, was er Dir zu gewähren bisher nicht im Stande gewesen ist.

Er führte sie zu einem Sessel, nnd setzte sich neben sie, ohne ihre Hand los zu lassen. Sie bot ihre ganze Kraft auf, um die Worte der Liebe, welche er zu ihr geredet, und die verworren in ihre Seele gedrungen waren, zu erwiedern, — vergeblich. Sie hob den thränenfeuchten Blick zu ihm empor, aber als sie in seine leidenschaftlich und zugleich traurig an ihr haftenden Augen sah, mußte sie die ihrigen wieder niederschlagen und sie fühlte, wie eine flammende Röthe ihr Gesicht übergoß. Sie vermochte mit der Aufbietung ihrer ganzen Kraft in diesem Manne sich nicht den Vater zu denken; hatte sie doch nie den Namen „Vater" ausgesprochen, niemals die Liebe eines Vaters kennen gelernt. Diese lebte in ihrer Vorstellung nur nach dem Schaffen der Phantasie, und die Bilder derselben, waren ganz, ganz andere gewesen, als sie jetzt plötzlich die Wirklichkeit vor sie hinstellte.

Es bedurfte der Einwirkung der van der Maar, und ihrer Mutter, um sie so weit kommen zu lassen, schüchtern und mit ganz unverändertem Wesen wenige Worte zu ihm zu reden, und ihm zu sagen, daß sie sich über ein Glück freue, welches zu unerwartet gekommen sei, um es schon fassen zu können.

Er mußte sich damit begnügen; das Wort „Vater" wurde von ihr nicht ein einziges Mal ausgesprochen, — aber er schien dennoch innerlich beglückt, daß sie so und nicht anders war, fast als ob er es so erwartet habe.

Sie vermied es sichtlich mit ihm allein zu sein, wie eine schüchterne Taube, ganz verändert gegen sonst, suchte sie den Schutz ihrer Mutter, und wenn sie, Fragen beantwortend, zu ihm sprach, geschah es ohne jede Beziehung des neuentstandenen Verhältnisses.

Sie muß das Alles erst in sich und mit sich durchmachen, sagte er am Abende zu der van der Maar, als er mit dieser allein war, es wäre unnatürlich, wenn sie mir, dem ihr bis dahin Fremden, der plötzlich ihr Vater geworden, sogleich den reichen Schatz ihrer Liebe erschließen wollte. Der Mensch muß sich an Alles gewöhnen, auch an das höchste Glück, an dies vielleicht am meisten, wenn es ein solches für ihn sein soll. Ich will ihr daher Zeit lassen und sie nicht durch meine Gegenwart hindern oder verwirren. Bedarf ich, der erfahrene, abgehärtete Mann doch einer gleichen Sammlung. Ich werde morgen mit dem Frühsten nach Trier reisen und absichtlich eine Woche fern bleiben. Sie wissen weshalb, und ich hoffe, daß nach meiner Rückkehr die Angelegenheit auch formel geordnet ist, das wird zu der innerlichen wesentlich beitragen. Vertreten Sie mich so lange und gewöhnen Sie Alice an den Gedanken mit Liebe und Sehnsucht der Rückkehr ihres Vaters entgegen zu harren.

Wie schade, sprach die van der Maar traurig vor sich hin, als sie allein war, welche Eile er hat, Alles fest und sicher zu machen, fest und sicher gegen sich selbst.

Von ihren Gefühlen bewältigt und eine willenlose Beute derselben war Alice mit ihrer Mutter auf ihr Zimmer zurückgekehrt. Still und in sich gekehrt saß sie da, im Kampfe mit den Thränen, welche eigenmächtig immer wieder hervorbrechen wollten. Besorgt und bekümmert hatte ihre Mutter sie längere Zeit schweigend beobachtet, in der richtigen Annahme, daß es besser sei, sie den Kampf ihres Innern selbst auskämpfen zu lassen. Dennoch hatte sie von den wirklichen Ursachen desselben keine Ahnung, waren dieselben bei Alice selbst doch nicht zum klaren Bewußtsein gekommen; sie empfand nur die Wirkung einer plötzlich über sie hereingekommenen Veränderung, welche in ihrer Seele einen tiefen und zerstörenden Schmerz erzeugte, obgleich man ihr sagte, daß sie ein großes Glück für sie sei.

Meine liebe Alice, sagte theilnehmend ihre Mutter, indem sie eine ihrer herabhängenden Hände ergriff, wer hätte das gedacht, als wir vor einem halben Jahre hierher kamen? Wer hätte geglaubt, daß wir in das Haus Deiner Väter einzögen, und Du in dem Grafen Deinen nie gekannten Vater wieder finden würdest.

Ach, meine liebe, theure Mutter, rief Alice, indem sie aufsprang und diese leidenschaftlich umschlang, Du — Du wirst immer, immer meine geliebte Mutter bleiben, — immer, wie bisher — Du wirst mich nicht verlassen, — niemals!

Wie kannst Du nur so etwas denken, mein gutes Kind, Deine wirkliche Mutter ist ja längst, längst todt; Du hast es gehört, sie ist gestorben, als Du erst wenige Monate alt warst. Ich, die der liebe Gott an ihre Stelle treten ließ, bleibe Deine Mutter, und Dein Vater wird dies gewiß eben so wünschen, als Du selbst.

Mein Vater — hauchte Alice mit leiser bebender Stimme, es war das erste Mal, daß sie diesen Namen aussprach, — Du meinst den Grafen. Gewöhne Dich daran, ihn in Deinem Herzen als Vater zu verehren, Du siehst, wie er Dich liebt, welche Freude, welches Glück ihn erfüllt, in Dir seine lang verlorene Tochter wiedergefunden zu haben, auch Du wirst bald von gleichen Empfindungen beseelt werden.

Und doch — doch ist es immer keine Gewißheit — keine Gewißheit, — ich — ich vermag es immer noch nicht zu fassen und zu glauben, und vielleicht — vielleicht, setzte sie mit leuchtenden Augen hinzu, beruht Alles doch nur auf einer Täuschung.

Du darfst so etwas nicht denken, mein Kind, sagte die Matrone sichtlich betroffen. Du am allerwenigsten. Es spricht so Vieles, Vieles dafür, und der Graf, Dein Vater, der selbst fest davon überzeugt ist,

Vaterstadt zu erhalten, von den hohen Behörden so wenig gewürdigt worden ist, werden uns dadurch aber nicht abhalten lassen, noch weitere Schritte zu thun, und wenn es nöthig, bei des Königs Majestät Abhilfe unserer Beschwerden zu suchen." (Magd. Z.)

Augsburg, 14. December. [Die Conferenz.] Nach der officiösen Berliner Correspondenz der „Augsburger Allgemeinen Zeitung" ist die Nichtbeschickung der Conferenz seitens Italiens nunmehr außer allem Zweifel. Preußen dürfte es für nothwendig erachten, über die Behandlung der neuesten Phase der Conferenz mit den andern Großmächten eine Verständigung zu suchen.

Freiburg, 10. Decbr. [Die erzbischöfliche Curie] hat bei dem hiesigen Kreisgericht in Sachen des Erziehungs-Instituts Adelhausen Klage erhoben. Die Regierung hat dieses Stift bekanntlich aufgehoben und das Vermögen desselben der Stadt überwiesen, welche eine rein weltliche Schule daraus schuf.

Mainz, 10. December. [Werbebureau für den Papst.] Dem „N. K." wird von hier geschrieben: „Dem Vernehmen nach ist hier eine Art Werbebureau für solche, welche sich als Freiwillige in das päpstliche Heer aufnehmen lassen wollen, eingerichtet worden. Es werden indeß von diesem Bureau, wohl um nicht mit den diesfälligen Strafbestimmungen in Berührung zu kommen, nicht die eigentlichen Anwerbungen selbst bewerkstelligt, sondern nur die erforderlichen Auskünfte ertheilt. Die Freiwilligen werden, wie verlautet, zunächst mit Empfehlungen und einigen Reisemitteln nach Brüssel gewiesen, von wo sie weiter nach Rom befördert werden. Aehnliche Auskunftsbureau's soll'n auch am Oberrheine in der Nähe der schweizerischen Grenze ihren Sitz haben."

Oesterreich.

Wien, 14. Decbr. [Dementi.] Die amtliche „Abend-Post" erklärt die Nachricht, daß Freiherr v. Beust vom Kaiser den Befehl erhalten habe, das Abgeordnetenhaus aufzulösen, falls dasselbe den Antrag Perger's annehme, für unwahr.

Wien, 14. December. [In der heutigen Sitzung des Abgeordneten-Hauses] wurde gestern das Gesetz über das Zoll- und Handelsbündniß mit Ungarn nach dem Antrage der Commission fast durchweg mit den von der ungarischen Regierung geforderten Aenderungen definitiv angenommen, nur in § 22 wurde abweichend von dem Antrage der Majorität eine fünfjährige Dauer des Handelsbündnisses genehmigt. — Der Reichskanzler brachte einen Gesetzentwurf ein, durch welchen bestimmt wird, daß die Verfassungsgesetze mit dem Tage der Publikation im Reichsgesetzblatt in Wirksamkeit treten. Die Vorlage wurde dem Verfassungsausschuß überwiesen. — Die nächste Sitzung ist am Dienstag.

Wien, 14. Dec. [Die neue Verfassung und das neue Ministerium.] Der „Neuen freien Presse" zufolge ist in nächster Woche die Publication der neuen Verfassung zu erwarten und würde alsdann auch ein neues Ministerium für die cisleithanischen Länder in's Amt treten. Die Bildung desselben sei bereits principiell beschlossen und werde unmittelbar nach Publication der Verfassung einem kaiserlichen Handschreiben entgegengesehen, welches den jetzigen Präsidenten des Herrenhauses, Fürsten Carlos Auersperg, mit der Bildung des Cabinets beauftrage; die Ministerliste sei jedoch noch nicht festgestellt. Dasselbe Blatt meldet ferner, daß nach der Wahl der Delegirten, welche angeblich am Schluß nächster Woche erfolgen solle, eine Vertagung des Reichsraths eintreten werde. Der Wiederzusammentritt desselben sei in der ersten Hälfte des Januars zu erwarten, und werde alsdann zunächst die Feststellung des Staatshaushalts pro 1868 erfolgen. Vor der Vertagung müsse noch die Wahl eines neuen Präsidiums vorgenommen werden; aller Wahrscheinlichkeit nach werde jedoch das bisherige Präsidium wiedergewählt werden. Die „Debatte" nennt den 21. d. M. als den Termin, an welchem die Vertagung des Reichrathes erfolgen solle.

Wien, 15. Dec. [Das österreichische Unterrichtswesen.] Die amtliche „Wiener Zeitung" veröffentlicht einen Bericht des Unterrichtsministers an den Kaiser, welcher zunächst auf die Erfolge hinweist, die Oesterreich bei der in Paris veranstalteten Ausstellung von Unterrichtsgegenständen davon getragen hat. Es heißt dann weiter, Oesterreich habe somit von dem Auslande das Zeugniß erhalten, daß sein Schulwesen trotz der großen Verschiedenheit in der Sprache und Kultur seiner Volksstämme weit besser sei, als die über dasselbe verbreitete Meinung. Das Unterrichtsministerium werde auch ferner sein Augenmerk darauf richten, daß auf diesem Gebiete, welches keinen Stillstand dulde, energisch fortgeschritten werde, um eine umfassendere und vollständigere Erziehung und Bildung des Volkes herbeizuführen. Die „Wiener Zeitung" fügt hinzu, daß der Kaiser mit großer Befriedigung von dem Inhalt des Berichts Kenntniß genommen habe.

Die heutige „Presse" erfährt über die Ursachen des letzten serbischen Ministerwechsels, daß die zurückgetretenen Minister Garaschanin und Ristic nicht die Hand dazu bieten wollten, das parlamentarische Regierungssystem in Serbien in ein rein persönliches des Fürsten umzugestalten.

Wie die „Debatte" erfährt, hat England in Paris dringend zu einer directen Verständigung mit Italien gerathen. Rußland soll in der Conferenzfrage plötzlich eine entgegenkommende Haltung angenommen haben.

Das „Tageblatt" erfährt, daß ein Protest Rußlands gegen die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten in Candia bevorstehe.

Pest, 14. Decbr. [Im Unterhause] wurde die Generaldebatte über das Staatsschuldengesetz fortgesetzt. Deak sprach in längerer Rede für die Annahme desselben, indem er namentlich hervorhob, daß Ungarn in der Ueberzeugung, seine eigene Kraft sei nicht ausreichend für die Erhaltung des Landes, in dem habsburgischen Hause nicht blos den Herrscher, sondern auch eine Stütze suche. Die pragmatische Sanction sei nicht nur als ein Gesetz zu ehren, sondern sie sei die Basis eines für Ungarn nothwendigen Bündnisses, um dessentwillen man selbst Opfer bringen müsse. Ungarn würde die öffentliche Meinung Europa's gegen sich aufbringen, wenn es an der Staatsschuld nicht Theil nehmen wollte. Der Beitrag zur Staatsschuld sei eine politische Nothwendigkeit; man könne daher nicht die Forderung erheben, den Beitrag erst decken zu wollen nach Befriedigung der eigenen Bedürfnisse. Nachdem nach Deak noch der Finanzminister gesprochen, wurde die Sitzung auf morgen vertagt. Die Abstimmung findet morgen bestimmt statt.

Provinzial-Zeitung.

= **Breslau**, 15. Dec. Der Zug aus Warschau hat in Kattowitz und der Zug aus Oderberg hat in Kandrzyn den Anschluß an den Schnellzug nach Breslau nicht erreicht.

** **Breslau**, 15. Dec. [Feuer.] Heute Abend 9¾ Uhr gerieth das bei der Morgenauer Thor-Barriere am sogenannten Schlunge stehende hölzerne Wächterhäuschtn in Brand und wurde vollständig ein Raub der Flammen. Bald nach Ausbruch des Feuers begab sich eine Anzahl Schiffer von der gegenüberliegenden Uferstraße schleunigst über das Eis nach dem Orte der Gefahr, wo es ihnen gelang, den Brand zu löschen. Die ankommende Feuerwehr fand bereits jede Gefahr beseitigt. Die Nähe eines ans Land gezogenen Kahnes und der Holzstöße sowie besonders der zahlreich im Schlunge liegenden Oderkähne ließ Befürchtungen gerechtfertigt erscheinen.

10 Uhr. Von anderer Seite wird uns hierüber Folgendes berichtet: Gestern Abend rückte die Hauptfeuerwache nach dem Weidendamme, woselbst eine an dem sogenannten Schlunge bei der Holzhäuselbrücke stehende Wärter-Bude durch böswillige Hand angezündet worden war. Bei Eintreffen der Hauptfeuerwache war das Feuer bereits durch die Ohlauerthorwache gelöscht.

Aus dem Riesengebirge, 13. Decbr. [Verschiedenes.] Nach der letzten Volkszählung hat die Bevölkerung vieler unserer Gebirgsdörfer während der letzten drei Jahre um kaum ⅓ pCt. sich vermehrt. In Warmbrunn z. B. beträgt der Zuwachs nur 7 Seelen. Der Zuzug war geringer, als man vor Eröffnung der Gebirgsbahn und beim Beginn der vielen Neubauten gehofft hatte, während die Sterblichkeit im vorigen Jahre in Folge der Cholera weit größer als sonst gewesen. — Die am Schluß der diesjährigen Bade- und Reisesaison begonnenen Neubauten werden selbst während des jetzigen tollen Winterwetters fortgesetzt, was auch nothwendig ist, wenn sie beim Beginn der nächsten Saison beendet sein sollen und wenn den Arbeitern bei der Theuerung aller Lebensmittel einigermaßen geholfen werden soll. Beim Bau des neuen Cursaales in Warmbrunn, der jetzt unter Dach gebracht ist, sind allein gegen 80 Arbeiter beschäftigt. — Vor einigen Monaten theilte ich Ihnen mit, daß der Verfasser und Herausgeber einer Flugschrift in erster Instanz zu 2 Thlrn. Strafe verurtheilt worden, weil zum Selbstverlage der Flugschrift nach § 1 des Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 die Genehmigung der Bezirks-Regierung erforderlich gewesen, dieselbe aber nicht nachgesucht nnd deshalb gegen § 177 der Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 verstoßen worden sei. Der erste Richter fand in der Versendung der Flugschrift an concessiouirte Buchhändler und in der Vertheilung an concessionirte Colporteure seitens des Herausgebers und resp. Selbstverlegers „den Thatbestand des Gewerbebetriebes, da der Verkauf einer so großen Anzahl von Exemplaren (es waren nur 1500 Exemplare gedruckt, aber kaum die Hälfte verschickt worden) — eine fortgesetzte (!) auf Erzielung eines Gewinnes abzweckende Beschäftigung involvire". Der Angeklagte appellirte zwar und führte aus, daß die einmalige Versendung resp. Vertheilung einer einzigen im Selbstverlage und in so wenigen Exemplaren erschienenen Flugschrift seitens des Verfassers durchaus nicht als „Gewerbebetrieb" im Sinne des Gesetzgebers betrachtet werden könne; — der zweite Richter hat jedoch vor einigen Tagen das erste Erkenntniß lediglich bestätigt. Eine Entscheidung des Ober-Tribunals mochte der Angeklagte aus nahe liegenden Gründen nicht herbeiführen.

Telegraphische Depeschen

aus dem Wolff'schen Telegraphen-Bureau.

Florenz, 14. December. [Deputirtenkammer.] Aus der heutigen Debatte über die Interpellation ist noch Folgendes nachzutragen. Der Abg. Corte erklärt es für nothwendig, daß die gegenwärtige Discussion fortgesetzt werde, bis über alle Vorgänge, welche mit den letzten Ereignissen zusammenhängen, hinreichende Klarheit verbreitet sei. Minghetti hob hervor, daß nicht die Septemberconvention als solche, sondern die Verletzung derselben von Uebel gewesen sei; übrigens könne aus diesem Vertrage nicht abgeleitet werden, daß Italien auf seine nationalen Rechte verzichte. Minghetti verlas einen aus früherer Zeit stammenden Brief Lord Palmerston's, welcher sich günstig über die Convention aussprach. Der Redner wandte sich darauf zu einer Darlegung der Motive, welche die Römer veranlaßt hatten, den Aufforderungen Garibaldi's nicht zu entsprechen. Man hätte im Vertrauen auf Freiheit und Fortschritt und in loyaler Weise darauf hinwirken sollen, daß das Papstthum sich allein mit seinen Unterthanen auseinandersetze. Die Annahme des Conferenzprojects seitens der Regierung erklärt der Redner für durchaus angemessen, bezweifelt jedoch, daß die Conferenz zu Stande kommen oder irgend welches Resultat haben werde: Der nächste Zweck der Regieerung müsse sein, sobald als möglich der französischen Intervention, welche sehr große Gefahren herbeiführen könne, ein Ende zu machen. Minghetti schließt mit dem Hinweis, daß die schlechte Politik, welche man im Innern befolgt habe, die Ursache der schlechten auswärtigen Politik geworden sei. Coppino vertheidigt das Ministerium Rattazzi. Redner prüft die verschiedenen Meinungen und Wünsche, die sich im Volke für die Lösung der römischen Frage kundgeben, sowie die Haltung der Presse, welche dem Ministerium Mangel an Kühnheit vorgeworfen. Er beleuchtet ferner die durch Garibaldi hervorgerufene Bewegung und dessen Absichten, welche, wie er glaubt, das Volk theilt und unterstützt. Das Ministerium hätte, sobald ihm der Entschluß der französischen Regierung, zu interveniren, zur Kenntniß geworden, sofort erklären müssen, daß es Truppen nach Rom schicken werde, um jede andere bewaffnete Macht zu verhindern, in Rom einzurücken. Redner spricht über die Unvereinbarkeit der weltlichen und päpstlichen Gewalt und schließt: Italien kann keine Verbindung aufrechthalten mit jenem Sohne der Revolution in Paris, welcher sich der Reaction in die Arme geworfen hat, und nicht von den drei Etappen der Revolution, sondern der Reaction sprechen sollte. Wir werden das Cabinet nicht unterstützen, wenn es nicht energisch die Würde der Nation gegenüber den Worten und Handlungen der französischen Regierung zu wahren versteht. Redner kommt zu dem Schlusse, daß Italien in keiner Weise die September-Convention verletzt habe, und fordert die Kammer dringend auf, das denkwürdige Votum vom 20. März 1861, welches Rom zur Hauptstadt Italiens erklärte, von Neuem zu bekräftigen. (Lauter anhaltender Beifall).

Hierauf wurde die Sitzung vertagt.

Rom, 15. Decbr. Cardinal Andrea ist hierher zurückgekehrt.

Paris, 13. December. „Temps" hält es für wahrscheinlich, daß Nigra, wenn, wie es gleichfalls wahrscheinlich sei, das italienische Parlament das die Stadt Rom zur Hauptstadt Italiens erklärende Votum erneuert, einen zeitweiligen Urlaub nehmen werde.

Paris, 14. December. „Etendard" widerlegt heute die Ausführungen mehrerer Journale, welche aus den im italienischen Grünbuche veröffentlichten diplomatischen Actenstücken auf Widersprüche in der Politik Frankreichs schließen zu müssen glaubten, und fügt hinzu, es sei nicht unmöglich, daß Erläuterungen, welche die volle Wahrheit an den Tag bringen würden, nachträglich noch im gesetzgebenden Körper abgegeben werden.

Paris, 15. December, Abends. Zufolge der „France" haben Baron Magnus, der Prinz und die Prinzessin Salm und der ehemalige Cabinetssecretär des Kaisers Maximilian, Eloin, sich bei ihrer Ankunft in St. Nazaire der Quarantaine unterwerfen müssen. Dasselbe Blatt glaubt auf Grund Petersburger Nachrichten zu wissen, daß ernstlich von der Ersetzung des Fürsten Gortschakoff durch den General Ignatieff die Rede sei.

Die „Patrie" dementirt das Gerücht, daß es zwischen dem Ritter Nigra und einem französischen Minister wegen der im Grünbuche veröffentlichten Aktenstücke zu Erklärungen gekommen sei, und sagt hiezu, sie glaube, die Zusammenstellungen des Grünbuches könnten überhaupt zu keinen Debatten Anlaß geben. „Etendard" hält es für unbegründet, daß das Project einer Vorconferenz aufgegeben sei. Die Gesandten Rußlands, Englands, Preußens und Oesterreichs würden in Kurzem zu einer Conferenz bei Marquis Moustier zusammentreten, um die Grundlagen der allgemeinen Conferenz festzustellen.

Brüssel, 15. Dec. Wie von gut unterichteter Seite versichert wird, ist es richtig, daß der Minister der auswärtigen Angelegenheiten Rogier und der Finanzminister Frère-Orban dem Könige ihre Portefeuilles zur Disposition gestellt haben. Man hält es aber für wahrscheinlich, daß die vom Könige gethanenen Schritte einen Ausgleich herbeiführen werden.

London, 14. Decbr. Aus der Botschaft des Präsidenten Johnson werden noch folgende Stellen telegraphirt: Die Einverleibung vieler deutscher Kleinstaaten in Preußen und die Reorganisation Deutschlands unter einer neuen liberalen Verfassung habe den Präsidenten veranlaßt, ein rasches und gerechtes Arrangement betreffs der Militärpflichtkeit der naturalisirten amerikanischen Bürger anzusuchen. Der Präsident bittet den Congreß, den Nationalwillen betreffs der nationalisirten Engländer unzweideutig auszusprechen.

Das an den afrikanischen Küsten zur Verhütung des Sklavenhandels stationirte Geschwader könne jetzt ohne Gefahr zurückgezogen werden.

Auf die Finanzfrage übergehend, betonte der Präsient Johnson die Gefahren, welche in der enormen Summe von Papiergeld liegen, und empfiehlt baldigste Annahme der Metallwährung, die ohne Reduction der Noten denkbar sei. Namentlich sei die gleichartige Abtragung der Schuld den heimischen und ausländischen Staatsgläubigern gegenüber geboten. Alles Papiergeld, das auf Beträge unter 20 Dollars laute, müßte nach Annahme der Metallwährung eingezogen und die Verbindlichkeiten des Staates nach allen Seiten hin strengstens eingehalten werden. Der Effectivstand der Armee betrage noch das dreifache gegen den gewöhnlichen Friedensstand. Das Marinebudget nehme 31,034,011 Dollars in Anspruch, doch sei durch Verkäufe von Schiffen die Summe von 60 Millionen Dollars erzielt worden.

---

wird Alles Weitere ordnen und regeln. Deshalb gieb Dich nicht solchen Gedanken hin. Er reist, wie ich so eben von der van der Maar erfahren, deshalb schon morgen nach Trier, um einen Rechtsgelehrten zu Rathe zu ziehen und dasjenige zu veranlassen, was zu der formellen Anerkennung als seine Tochter nöthig ist.

Morgen reist er ab? fragte Alice erschreckt, morgen? Und zu diesem Zwecke?

Wie ich Dir gesagt, ich werde mich erkundigen, wann seine Abreise erfolgt, damit Du ihm, wie es Deine Pflicht erheischt, Lebewohl sagen kannst.

Alice senkte mit einem tiefen, langen Seufzer die angstvoll und fragend auf ihre Mutter gerichtet gewesenen Augen, und verharrte wieder in lautlosem Schweigen.

Hugo war am anderen Tage sehr früh aufgestanden. Der Wagen war um sechs Uhr bestellt, und der Morgen begann eben zu grauen, als er, in seinen Mantel gehüllt, auf den Corridor hinaustrat, um hinab zu gehen.

Da öffnete sich die Thür des gemeinsamen Zimmers und die Frau Norden trat daraus hervor, wenige Schritte hinter ihr stand Alice.

Wir wollten Ihnen Lebewohl sagen, Herr Graf, sagte die Erstere, da wir erfahren, daß Sie uns mehrere Tage verlassen werden.

Sie sind sehr gütig, erwiederte er überrascht, dann hastig auf Alice zuschreitend, nahm er deren Hand und blickte sie, die wieder mit niedergeschlagenen Augen dastand, mit auflodernder Freude an.

Ich danke Dir, danke Dir, mein Kind, für diesen Beweis Deiner Liebe — ich habe ihn kaum erwartet, um so beglückender ist er für mich.

Wieder umfaßte er sie leise und drückte einen Kuß auf ihre Stirn, wieder fühlte er das Erbeben ihres Körpers unter diesem Kusse und sah ihr vergebliches Bemühen, die Augen zu ihm aufzuschlagen, — dann entfernte er sich rasch und war bald in der Dunkelheit verschwunden.

Seine Abwesenheit übte auf Alice einen beruhigenden Einfluß, es war, als ob mit seiner Person auch die Bilder und Vorstellungen verschwunden wären, welche ihre Seele erfüllten. Weil sie ihn nicht sah, seine Worte nicht hörte, konnte sie sich wieder von der Selbsttäuschung einwiegen lassen, es sei Alles noch wie sonst, wie sonst, wenn er abwesend war, oder auch, wie in der letzten Zeit, sich absichtlich ihrer Gemeinschaft entzog. Die Erinnerung malte selbst diese Zeit mit sehnsuchterweckenden Farben aus. Beide älteren Frauen ließen es sich, wenn auch auf verschiedene Weise, angelegen sein, jede Veranlassung zu neuer Aufregung fern zu halten, und so vergingen die beiden ersten Tage seiner Abwesenheit ohne äußere bemerkbare Abweichungen von der bisherigen Lebensweise, bis am Abende des letzteren ein völlig unerwarteter Besuch eine wesentliche Aenderung eintreten ließ. Der Ankommende war der junge Graf Reichenau.

Nachdem er die Abwesenheit des Grafen erfahren, ließ er sich bei der van der Maar anmelden, welche, die Absicht seines Besuches nicht kennend und ungewiß, ob Hugo derselbe überhaupt unter den jetzigen Verhältnissen zusagend sein würde, ihn mit absichtlicher Förmlichkeit empfing. Das offene und rückhaltlose Benehmen des jungen Grafen, sowie überhaupt die Art und Weise, in welcher er sich einführte, ließen jedoch ihre Bedenken bald schwinden.

Ich bin gekommen, mein verehrtes Fräulein, sagte er, um meinem Vetter die Versicherung zu geben, daß ich für meine Person an dem Processe, den mein Stefvater gegen ihn angestellt hat, nicht nur durchaus unbetheiligt bin, sondern daß ich denselben von Grund meiner Seele mißbillige. Ich habe nichts davon erfahren, bis die Klage eingereicht war, und meine dringenden Vorstellungen, dieselbe zurückzunehmen, sind ohne Erfolg geblieben. Ich hätte dies meinem Vetter Alles schreiben können, aber ich weiß, daß schriftliche Mittheilungen in solchen Fällen ihren Zweck nur unvollkommen erreichen, und mir liegt zu viel daran, um von meinem Vetter nicht falsch beurtheilt zu werden, als daß ich den Wunsch, dies mündlich mit ihm zu besprechen, mir hätte versagen sollen. So viel ich nach einer längeren Unterredung mit meinem Stiefvater habe in Erfahrung bringen können, hat er selbst nur widerwillig diesen unglücklichen Proceß angefangen; ich bin überzeugt, daß er nur durch den Legationsrath von Fuchs, einen nichtswürdigen Intriguanten, dazu vermocht worden ist. Vielleicht ist ein Ausgleich mit Leichtigkeit zu erreichen, was ich meinerseits auf das Sehnlichste wünsche.

Der Graf wird es unter diesen Umständen gewiß sehr bedauern, abwesend zu sein.

Ich habe dies am meisten zu bedauern, und wenn ich wüßte, daß die Abwesenheit meines Vetters nicht lange dauerte, und Sie mich so lange hierbehalten wollen, setzte er etwas zögernd hinzu, so würde ich ihn vielleicht erwarten. Es ist immerhin ein ziemlich weiter Weg von meiner Garnison bis hierher, und Urlaub habe ich noch auf vierzehn Tage.

So lange wird der Graf in keinem Falle ausbleiben, sagte die van der Maar überrascht, er ist in einer für ihn wichtigen Angelegenheit nach Trier gereist, hat den Tag seiner Rückkehr zwar nicht bestimmt, doch glaube ich, daß sie noch im Laufe dieser Woche stattfinden wird.

Nun, dann will ich bleiben, bemerkte mit sichtlicher Freude der Gast, vorausgesetzt, daß meine Gegenwart Ihnen nicht unangenehm ist.

Der Graf wird sich gewiß freuen, Sie zu sehen; ich befürchte nur, daß Sie sich hier die Zeit über langweilen werden.

O, seien Sie deshalb ohne Sorgen, ich habe mich recht von Herzen danach gesehnt, einmal wieder längere Zeit an einem friedlich stillen Orte leben zu können; Sie glauben gar nicht, wie fade und langweilig das Treiben in der Residenz ist. Es dreht sich Alles um Kleinigkeiten und Erbärmlichkeiten, denen man eine absichtliche Wichtigkeit anhängt, und wir armen jungen Offiziere müssen dabei die Statistenrollen übernehmen, immer dasselbe Einerlei, immer dieselben ertödtenden Formen ohne Herz und ohne Geist.

Darf ich mich nach dem Befinden der Frau Norden und ihres Fräulein Tochter erkundigen, fuhr er nach einer Pause fort, da die van der Maar seine letzte Mittheilung unbeantwortet gelassen; ich hoffe, daß beide Damen sich wohlbefinden?

Sie kennen die Frau Norden und ihre Tochter? fragte die van der Maar überrascht.

Ich habe das Glück gehabt, sie im Hause meines Stiefvaters kennen zu lernen, wo ich mit ihnen zusammengetroffen bin.

Sie befinden sich Beide wohl.

Ich bitte, mich ihnen vorläufig zu empfehlen, bis ich Gelegenheit haben werde, mich ihnen vorzustellen.

Diese Gelegenheit wird Ihnen sehr bald werden, wir speisen gemeinschaftlich, und wenn Sie mir erlauben, so lasse ich Ihnen jetzt Ihr Zimmer anweisen und hoffe, Sie dann bei Tische zu sehen.

Sie sind sehr gütig, mein verehrtes Fräulein, und ich muß nochmals um Entschuldigung bitten, daß ich so im Reitanzuge zu Ihnen heraufgekommen bin, ich wußte jedoch nicht —

Also bis ein Uhr, Herr Graf, unterbrach lächelnd die van der Maar, wir haben die Gewohnheit, um ein Uhr zu essen.

Ich werde mit soldatischer Pünktlichkeit erscheinen.

(Fortsetzung folgt).

☞ **Florenz**, 15. Decbr., Abends. Die „Italienische Correspondenz“ meldet: Menabrea forderte in Paris Erklärungen über die Sprache Rouher's bezüglich des Königs von Italien. Er erklärte in einer anderen Depesche, daß die Situation durch die Erklärungen Rouher's verändert sei; Menabrea werde seine Vorschläge betreffs der Lösung der römischen Frage zurückhalten, bis er Aufklärungen über die definitiven Absichten Frankreichs erhalten habe.

London, 14. Dec. Die drei anläßlich der gestrigen Explosion in Clerkenwell als verdächtig verhafteten Personen erscheinen heute des Mordes angeklagt vor dem Polizeigericht. Nach kurzem Verhör wurde die Untersuchung vertagt. Das Befinden der bei der Explosion Verwundeten ist zufrieden stellend.

Lissabon, 14. Dec. Nach Berichten, die der eben aus Rio de Janeiro eingetroffene Dampfer überbracht, haben am 3. November 6000 Paraguiten das Lager der Alliirten bei Tuyanti angegriffen. Die Paraguiten nahmen das Lager, hielten dasselbe 8 Stunden lang besetzt, erbeuteten 300 Stück Feldmaterial und machten 1500 Gefangene. Auf Seite der Alliirten wurden 270 Offiziere und 3500 Mann kampfunfähig.

Lissabon, 14. Dec. Mit dem fälligen Dampfer sind folgende aus Buenos-Ayres vom 12. November datirte Nachrichten eingegangen: Preis für gesalzene Ochsenhäute nominell, für trockene Ochsenhäute nach Deutschland 43⅞, für trockene Ochsenhäute nach Nordamerika 40½. Verkauf trockener Häute seit letzter Post 97,000 Stück. Abladungen nach England und dem Kanal, sowie nach den nordamerikanischen Häfen 10,500 Stück. Der Vorrath betrug 79,000 Stück. Fracht für trockene Häute nach Antwerpen 48⅝, für gesalzene Häute nach dem Kanal 45.

Konstantinopel, 14. Dec. Der „Levant Herald“ meldet, daß die Pforte wegen der gegenwärtigen Getreidetheuerung auf drei Monate den Einfuhrzoll auf Getreide aufgehoben hat. Demselben Blatt zufolge hat am letzten Montag ein Ministerrath stattgefunden, welcher die von den kandiotischen Delegirten verlangten Concessionen berathen solle.

Konstantinopel, 13. Dec. Gutem Vernehmen nach wird der Großvezir Aali-Pascha noch 2 Monate in Kandia verbleiben.

Konstantinopel, 7. December. Eine von den Gesandten beinahe sämmtlicher Mächte unterzeichnete Note, welche verlangt, daß auch während der Nachtzeit die Durchfahrt durch die Dardanellen gestattet sei, ist heute der Pforte übergeben worden.

Smyrna, 7. December. Der Consul des norddeutschen Bundes v. Bülow hat seine Functionen angetreten.

St. Nazaire, 14. December. Der fällige Dampfer aus Veracruz ist heute Vormittag auf der hiesigen Rhede eingetroffen. Unter den Passagieren desselben befindet sich Baron v. Magnus.

Athen, 7. December. Der König hat die Häupter aller politischen Parteien zu einer Conferenz berufen. Gerüchtweise verlautet, daß ein Ministerwechsel bevorstehe.

Aden, 6. Dec. Oberst Stavely und die letzten Abtheilungen der Scinde-Brigade sind hier auf dem Wege nach Abyssinien durchgekommen.

Großer Wassermangel herrscht in Anslep Bay.

Die unter den Maulthieren und Pferden ausgebrochenen Krankheiten, nehmen beruhigende Dimensionen an.

Ein abyssinischer Häuptling mit 600 Mann hat sich den Engländern angeschlossen.

Malcutto, 1. Dec. Oberst Merewether rückt mit der, die Vorhut bildenden Brigade, nach Senafee vor. (T. B. f. N.)

Petersburg, 14. December. Gegen die in Moskau erscheinende Zeitung „Moskwa“, das Organ der schutzzöllnerischen und ultraslavistischen Partei, ist heute, nachdem dieselbe auf eine zweite Verwarnung eine herausfordernde Antwort ertheilt hatte, eine dritte Verwarnung und gleichzeitig eine viermonatliche Suspendirung ausgesprochen worden.

Petersburg, 15. Dec. Der deutsche Wohlthätigkeitsverein begeht heute unter dem Vorsitze des Prinzen Reuß die Feier seines fünfundzwanzigjährigen Bestehens.

London, 14. Dec. Die Königin hat in das Hospital, in welchem die bei der beabsichtigten Demolition des Gefängnisses Clerkenwell Verwundeten untergebracht sind, als Zeichen ihrer Theilnahme einen Brief geschickt und sich nach dem Befinden derselben erkundigt. Die Verwundeten befinden sich in verhältnißmäßig günstigem Zustande. Neue Todesfälle werden nicht gemeldet. (T. B. f. N.)

Konstantinopel, 12. Dec. Der „Levant-Herald“ bringt Nachrichten aus Creta vom 4. December, denen zufolge die zweite Sitzung der Cretensischen Abgeordneten-Versammlung am 29. November stattgefunden hat. Sowohl die christlichen als die mohamedanischen Delegirten überreichten Denkschriften, in welchen unter Danksagungen an den Sultan von demselben sechs Concessionen erbeten werden: Steuerbefreiung für mehrere Jahre, Unterstützung der Bedürftigen und Wiederaufbauung der zerstörten Wohnhäuser, Revision des Steuersystems, Aufhebung der Steuer für die Befreiung vom Militärdienst, Errichtung einer Bank zur Unterstützung der Landwirthschaft und Ausbaggerung der Cretensischen Häfen. Der Großvezir versprach das Gesuch um die genannten Concessionen zu unterstützen. (T. B. f. N.)

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Wolff's Telegr. Bureau.)

Paris, 14. Decbr., Nachm. 3 Uhr. Wenig fest. Consols von Mittags 1 Uhr waren 92⅞ gemeldet. Schluß-Course: 3proc. Rente 69, 60, 69, 70—69, 62½. Italien. 5proc. Rente 45, 80. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Actien 508, 85. Credit-Mobilier-Actien 170, —. Lomb. Eisenbahn-Actien 360, —. Oesterr. Anleihe von 1865 pr. cpt. 330, —. 6proc. Verein. Staaten-Anl. von 1882 (ungest.) 81⅞.

London, 14. Decbr., Nachm. 4 Uhr. Schluß-Course: Consols 92 13/16. 1proc. Spanier 36. Italienische 5proc. Rente 45½. Lombarden 14¾. Mexicaner 16. 5% Russen 86¼. Neue Russen 85. Silber 60⅞. Türkische Anleihe von 1865 33⅜. 6% Ver.-St.-Anl. pro 1882 71 13/16.

Frankfurt a. M., 14. December, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Schluß-Course: Wiener Wechsel 97⅞. Oesterr. National-Anleihe 53⅜. 6% Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 76⅝. Hessische Ludwigsbahn 127½. Baierische Prämien-Anleihe 99⅝. 1854er Loose 62. 1860er Loose 69⅜. 1864er Loose 74¾. Oesterreichische Fonds matt, sonst ziemlich fest, aber stille. Nach Schluß der Börse Credit-Actien 180½, Staatsbahn 236, fest.

Frankfurt a. M., 15. December, Mittags. [Effecten-Societät.] Matt. Amerikaner 76⅜. Credit-Actien 179. Steuerfreie Anleihe 48. 1860er Loose 68⅞. Staatsbahn 235.

Wien, 14. December. [Abendbörse.] Credit-Actien 184, 20. Nordbahn 170, 30. 1860er Loose 81, 80. 1864er Loose 75, —. Böhmische Westbahn —, —. Franz-Josephs-Bahn —, —. Staatsbahn 240, 30. Galizier 204, 50. Steuerfreies Anlehen —, —. Napoleonsd'or 9, 68. Lombarden 171, 25. Ungar. Credit-Actien —, —. Schwach.

Wien, 15. Dec., Mittags. Privatverkehr. Matt. Creditactien 184, 50. Staatsbahn 241, 00. 1860er Loose 81, 70. 1864er Loose 75, 00. Lombardische Eisenbahn 171, 75. Napoleonsd'or 9, 67½.

Florenz, 14. Dec., Abends. Italienische Rente 51, 65. Napoleonsd'or 22, 38.

Hamburg, 14. December, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Schluß-Course: Hamburger Staats-Prämien-Anleihe 84¾. National-Anleihe 54¼. Oesterreich. Credit-Actien 76⅞ fest. Oesterreich. 1860er Loose 68⅝ matt. Staatsbahn 496. Lombarden 354½. Italienische Rente 43½. Vereinsbank 110⅞. Norddeutsche Bank 118¾. Rheinische Bahn 118. Nordbahn 95⅝. Altona-Kiel —. Finnländ. Anleihe 81. 1864er Russ. Prämien-Anleihe 96½. 1866er Russ. Prämien-Anleihe 92. 6proc. Vereinigte St.-Anleihe pr. 1882 69¾. Disconto 2¼ pCt. — Valuten fester.

Hamburg, 14. Decbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco sehr stille, auf Termine bei sehr beschränkten Umsätzen niedriger. Weizen per Decbr. 5400 Pfd. Netto 167½ Bankothaler Br., 167 Gld., per Decbr.-Jan. 167 Br., 166 Gld., pr. Frühjahr 170 Br. 169 Gld. Roggen pr. Decbr. 5000 Pfd. Brutto 137 Br., 136 Gld., pr. Decbr.-Jan. 135 Br. und Gd., pr. Frühjahr 132½ Br. 132 Gld. Hafer sehr ruhig. Rüböl ruhig, loco 22¼, pr. Mai 23⅜. Spiritus ohne Kauflust, 29¾. Kaffee und Zink geschäftslos. — Wetter kalt.

Liverpool, 14. Decbr., Mittags. Baumwolle: 8—10,000 Ballen Umsatz. ruhiger Markt. New-Orleans 7⅝. Georgia 7⅞. Fair Dhollerah 5⅞. Middling fair Dhollerah 5½. Good middling Dhollerah 5¼. Bengal 4⅝. Good fair Bengal 5⅝. Fine Bengal —. New fair Domra 5¾. Fair Domra —. Good fair Domra 6. Pernam 7⅝. Egyptian —. Smyrna —. Schwimmende Orleans —.

Antwerpen, 14. Decbr., Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] Schlußbericht.) Geschäftslos und flau. Raffin., Type weiß, loco 45.

Paris, 14. Decbr., Nachmitt. Rüböl pr. December 93, 50, pr. Januar-April 93, 50, pr. Mai-August 93, 50. Mehl pr. December 92, 75, pr. Januar-April 91, 25. Spiritus pr. December 65, 00.

Newyork, 14. Dec., Abends 6 Uhr. (Pr. atlantisches Kabel.) Wechsel auf London 110⅛, Goldagio 34, Bonds 107⅜, Illinois 132⅜, Eriebahn 72⅞, Baumwolle 15½.

Philadelphia, 14. Dec. [Pr. atlant. Kabel.] Petroleum, raffinirt, Type weiß, 25.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 14. Decbr. 10 U. Ab.	329,51	−7,7	SO. 2.	Trübe.
15. Decbr. 6 U. Mrg.	324,61	−1,0	SW. 1.	Bedeckt, Schnee.
2 U. Nachm.	321,46	+0,5	SW. 1.	Bedeckt, Schnee.
10 U. Abds.	324,40	+0,7	N. 2.	Bedeckt.
16. Decbr. 6 U. Mrg.	329,03	−4,0	N. 1.	Trübe.

Breslau, 16. Dec. [Wasserstand.] O.-P. 18 F. 6 Z. U.-P. 1 F. 1 Z. Eisstand.

= **Breslau**, 11. Decbr. [18. Sitzung der Handelskammer vom 10. d. M.] (Schluß.)

In Betreff der Abhaltung des Flachsmarktes in zukünftigen Jahren haben die Delegirten des Magistrats und der Handelskammer sich dahin geeinigt, daß der Vorraum der städtischen Turnhalle, welcher in diesem Jahr zum ersten Mal verwendet worden ist, dem Bedürfnisse vor der Hand genüge, und beschließt daher die Handelskammer, von weiteren Schritten zur Erlangung eines anderen Locals zur Zeit abzusehen. — Es wird beschlossen, bei der Direction der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn dahin vorstellig zu werden, daß eingehende Steuergüter wenigstens 3 Tage lang, nachdem sie dem Empfänger avisirt sind, auf dem Bahnhofe lagern dürfen, bevor die mit Kosten für den Empfänger verbundene Ueberweisung an den Bahn-Spediteur erfolgt. — Nachdem die Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft in die amtlichen Coursblätter die Bezahlt-Course statt der bisherigen Brief- und Geld-Notizen aufgenommen, wird für den hiesigen Platz die gleiche Aenderung des amtlichen Courszettels für nothwendig erachtet und demgemäß ein dahin zielender Beschluß des Collegiums gefaßt. Dem laut gewordenen Wunsche, beim Herrn Handelsminister darauf hinzuwirken, daß die Notirung von Lieferungscoursen für Werthpapiere für statthaft erklärt wird, will indessen mit Rücksicht auf die bezüglichen Bestimmungen der neuen Börsenordnung die Handelskammer zur Zeit nicht entsprechen.

Auf Anfrage eines Gerichts wird die Auskunft gegeben, daß, wenn von einem Handlungshause ein Agent für einen bestimmten Ort oder eine Provinz engagirt worden ist, nach Handelsgebrauch der Agent nicht allein für alle von ihm ordnungsmäßig vermittelten Geschäfte, sondern auch von den Nachbestellungen die Provision zu erhalten hat, sofern nicht entweder bei der Einleitung der Verbindung etwas anderes ausdrücklich verabredet worden, oder inzwischen die Verbindung gelöst worden ist. — Auf Anfrage eines anderen Gerichtes ist die Auskunft gegeben, daß nach Handelsgebrauch jeder Getreidehändler, dessen Säcke von einem anderen ohne Genehmigung des Eigenthümers benutzt werden, ohne Verabredung Sackleihgeld von Demjenigen gezahlt erhält, der die fremden Säcke benutzt hat. — Die von der vereidigten Sachverständigen-Commission für Qualitätsstreitigkeiten im Geschäft mit Sämereien aller Art aufgestellten Grundsätze über die Beurtheilung von Winterraps und Winterrübsen von 1866er Ernte sind auch für die 1867er Ernte bestätigt worden, und ist die Handelskammer dem beigetreten. — Die durch die Presse bereits ihrem Inhalte nach bekannte allerhöchste Cabinets-Ordre vom 26. August d. J., betreffend die Erstattung der periodischen Zeitungs-Berichte durch die Regierungen ist seitens des hiesigen Herrn Regierungs-Vicepräsidenten amtlich zur Kenntniß der Handelskammer gebracht worden. Letztere wird demgemäß anstatt in zweimonatlichen nur in dreimonatlichen Zwischenräumen ihren Geschäftsbericht erstatten. — Zur Kenntnißnahme des Collegiums und zur Vertheilung unter seine Mitglieder gelangen der achte Jahresbericht des Vorschußvereins und die vom Gewerbeverein überreichte Nr. 17 des Gewerbeblattes, enthaltend einen Aufsatz über die Oderregulirung und den Bau der Oderkähne. Der Hr. Ober-Telegraphen-Inspector hierselbst hat unter dem 25 November c. Antwort ertheilt auf die Beschwerden der Handelskammer über Störungen im telegraphischen Verkehr. Nachdem im Eingange ein specieller Fall, der zu Beschwerden Veranlassung gegeben, erörtert worden, fährt das Schreiben fort:

„Was die übrigen in dem gedachten Schreiben erwähnten Uebelstände im Allgemeinen betrifft, muß diese mir sehr erwünschte Gelegenheit, die Handelskammer über die Schwierigkeiten, welche die Telegraphie zu überwältigen hat, aufzuklären, mir um so willkommener sein, da die meist mit gänzlicher Unwissenheit des wahren Sachverhalts geschriebenen Zeitungsartikel nur zu leicht falsche Vermuthungen auftreten lassen, und ich mich unmöglich in eine Zeitungspolemik einlassen kann. — Die Handelskammer wolle überzeugt sein, daß auch ohne Klagen und Zeitungsartikel von Seiten der Telegraphenverwaltung Alles geschehen ist und ferner geschehen wird, was mit Rücksicht auf die im Verhältniß zu den bedeutenden Ausgaben sehr schwachen Einnahmen möglich ist, um durch Vermehrung des Betriebs- 2c. Materials und der Beamtenkräfte in den Grenzen der dazu vorhandenen Etatsmittel das Möglichste zu leisten. Daß diese Bemühungen auch bisher nicht ohne Erfolg gewesen, dürfte ein Vergleich zwischen dem, was die preußische Telegraphie gegenüber allen anderen Telegraphen-Verwaltungen Europa's leistet, zur Genüge ergeben. Klagen, wie sie in letzterer Zeit laut geworden, werden niemals zu vermeiden sein, denn neben den im Wesen der Sache liegenden Schwierigkeiten, mit welchen die Telegraphie zu kämpfen hat, sind es die gesteigerten Anforderungen des Publikums und der sehr verbreitete irrige Glaube, die Telegraphie bringe auf Kosten des Erreichbaren einen bedeutenden Reingewinn, welche die meisten Klagen hervorrufen, während thatsächlich aus Anlaß jener Opferwilligkeit die Kosten kaum gedeckt werden. — Bei den enormen Kosten, welche die Neubauten, namentlich aber die Instandhaltung der Linien beanspruchen, kann das gesammte Betriebsmaterial nur auf normale, nicht auf außergewöhnliche Verhältnisse berechnet sein, wie dies auch in allen anderen europäischen Staaten der Fall ist, weshalb durch plötzlich eintretende mercantilische, politische oder sonstige Ereignisse von alterirendem Einfluß auf den Telegraphenverkehr Anhäufungen, Stockungen und daraus resultirende Verspätungen vorkommen müssen, welche bei gewöhnlichem selbst mäßigem Verkehr unter ungünstigen Witterungs-Verhältnissen ebenfalls nicht zu vermeiden und eben nur durch ein sehr umfangreiches, zum größeren Theile des Jahres unverwerthet liegen bleibendes Betriebsmaterial, in andern Fällen nur mit äußerst kostspieligen unterirdischen Leitungen zu umgehen oder doch auf ein Minimum zu reduciren sein würdeu.

Auch die Errichtung von Filialstationen in entlegenen Stadttheilen ist diesseits nicht außer Acht gelassen und bereits im vergangenen Frühjahr schon versucht worden, dies Vorhaben durchzuführen. Es treten aber auch der Ausführung dieser Absicht vielfache Schwierigkeiten, namentlich in der Acquirirung dazu geeigneter Lokale, ganz besonders aber der große Kostenpunkt in Betreff der Anlage der Leitungen von jenen zur Hauptstation entgegen. Die Unterstützungen der Leitungen innerhalb der Straßen durch Stangen gestatten die Localverhältnisse nicht, es bliebe daher, weil eine unterirdische Leitung zu theuer, nur die Anbringung der oberirdischen Drähte an den Häusern übrig. Da jedoch die Zustimmung der betreffenden Hauseigenthümer dazu erforderlich, dieselben sich aber hierzu nicht und um so weniger verstehen werden, als schon die Durchführung der Feuerwehr-Leitung unter Benutzung der Privat-Gebäude der hiesigen Communalbehörde große Schwierigkeiten bereitete und zur Durchführung diesseitigen Unternehmens weder genannte Behörde, noch ich irgend welche Pression auf die Hauseigenthümer auszuführen vermag. — Aber selbst wenn in den bezeichneten Richtungen Alles verwirklicht werden würde, was in Betreff der schnellen und prompten Beförderung der Depeschen noch zweckmäßig erscheinen dürfte, so würde auch dann immerhin bei der, gegen die Verkehrshindernisse aller anderen Beförderungsanstalten hervorragenden Abhängigkeit des Telegraphenbetriebes von den nicht Herr zu werdenden und daher auch nicht zu gebietenden Naturvorgängen in einzelnen Fällen Verzögerungen und Verschleppungen aus Anlaß besonderer atmosphärischer Einwirkungen und besonderer Witterungs-Verhältnisse nicht zu vermeiden sein. — Schließlich erlaube ich mir noch ergebenst anzuführen, daß die hiesige Telegraphen-Station beauftragt worden ist, den bei Bestellung der Depeschen durch die Boten entstehenden Verzögerungen durch zweckmäßigste Verwendung der Botenkräfte, welche inzwischen dem Bedürfniß entsprechend vermehrt worden, möglichst vorzubeugen.“

Berlin, 15. Dec. [Course aus dem heutigen Privat-Verkehr.] Wenig Geschäft, flaue Stimmung. Wir notiren: Oesterreichische Credit-Actien 76¾—½—¾ bez., 1860er Loose 68¾ bez., Lombarden 96¼—96 bez., Franzosen 134½—¾ bez., kurz Wien 84 bez., Italiener 44⅜ bez., pr. ult. 44⅛, Amerikaner 77—⅛ bez., pr. ult. 76⅞—77 bez., Oberschlesische 198¾ bez., Köln-Mindener 143 Br., Cosel-Oderberger 74¾ bez., Warschau-Wiener 61 Gd., Mecklenburger 75 bez. u. Gd., Minerva 28⅞ Gd.

Berliner Börse vom 14. December 1867.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anl.	4½	97 G.
Staats-Anl. von 1859	5	103⅜ bz.
dito 1854. 55. 57	4½	96⅝ bz.
dito 1859	4½	96⅝ bz.
dito 1856	4½	96⅝ bz.
dito 1864	4½	96⅝ bz.
dito 1867	4½	96⅝ bz.
dito 1850/52	4	90½ bz.
dito 1853	4	90½ bz.
dito 1862	4	90½ bz.
Staats-Schuldscheine	3½	83¾ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	116½ B.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	97 bz.
Pfandbriefe. Kur- u. Neumärk.	3½	75¾ bz.
Pommersche	3½	75⅝ bz.
Posensche	4	— — —
dito	3½	— — —
dito neue	4	85¼ bz.
Schlesische	3½	83½ G.
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	90½ B.
Pommersche	4	90½ B.
Posensche	4	89⅝ bz.
Preussische	4	89¾ B.
Westph. u. Rhein.	4	92½ B.
Sächsische	4	90⅝ bz.
Schlesische	4	91⅛ bz.

Louisd'or 112½ bz. — Oest.Bk. 84⅝ bz.
Goldkr. 9. 9¾ G. — Poln.Bkn. — —

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metalliques	5	48 G.
dito Nat.-Anl.	5	55 bz. u. G
dito Lot.-A.v.60	5	69¾ à ½ bz.
dito dito 64	—	42 G
dito 54er Pr.-A.	4	63¼ G
dito Eisenb.-L.	—	73 etw. bz u.B
Ital. neue 5 proc. Anl.	5	44½ bz.
Russ. Engl. Anl. 1862	5	85½ bz.
dito Poln. Sch.-Obl.	4	63½ bz.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	57½ B
Liqu. Pfandbr.	4	48 bz.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	94 B
dito à 300 Fl.	5	92¼ G.
Kurhess. 40 Thlr. Obl.	—	53¼ bz.
Baden. 35 Fl. Loose	—	29¼ B.
Amerikan. St.-Anl.	6	77¼ bz.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märkische	4½	— — —
dito II.	4½	93¾ B.
dito IV.	4½	— —
dito III.v.St.3½g.	3½	76¾ bz u. G
Cöln-Minden	4½	96¾ B.
dito II.	5	102 bz.
dito	4	— — —
dito III.	4	83¼ bz.
dito	4½	94 G.
dito IV.	4	83¼ bz.
dito V.	4	— — —
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4	— — —
dito III. Em.	4½	— — —
dito IV. Em.	4½	— — —
Gal. Ludwigsb.	5	81 G u. 76 B.
Niederschl.-Märk.	4	87½ bz.
dito conv.	4	87½ bz.
dito III.	4	84¼ B.
dito IV.	4½	95 bz.
Ndschl. Zweigb. L. C.	5	99¼ G.
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3½	78 B.
dito C.	4	— — —
dito D.	4	— — —
dito E.	3½	77½ G.
dito F.	4½	93¼ G.
dito G.	4½	95 B.
Oest.-Franz.	3	254½ bz.
Oest. südl. St.-B.	3	215 bz.
Rhein. v. St. gar.	4½	97½ G.
Rhein-Nahe-B. gar.	4½	93⅜ G.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1865	1866		
Aachen-Mastricht	—	—	4	28½ G.
Amsterd.-Rottd.	7⅙	[illegible]	4	103 B.
Berg.-Märkische	9	8	4	140 bz
Berlin-Anhalt	13	16	4	222¾ G
Berlin-Görlitz	—	—	4	78 bz. u. G.
dito St.-Prior.	—	—	5	97¼ B.
Berlin-Hamburg	9½	9	4	163½ G.
Berl.-Potsd.-Mgd.	16	16	4	220¾ bz.
Berlin-Stettin	8	8 7/12	4	135⅞ bz.
Böhm.-Westb.	—	—	5	62½ B.
Breslau-Freib.	9	9⅙	4	124¼ bz.
Cöln-Minden	17½	9	4	142⅞ bz.
Cosel-Oderberg	2¼	2½	4	75 bz.
dito St.-Prior.	—	4½	4½	85⅜ bz.
dito dito	—	5	5	90½ B.
Galiz. Ludwigsb.	5	—	5	86 bz.
Ludwigsh. Bexb.	10	10⅗	4	154½ etw. bz.
Magd.-Halberst.	15	—	4	188 bz.
Magd.-Leipzig	20	—	4	260¾ B
Mainz-Ludwigsh.	8	—	4	127¾ bz
Mecklenburger	3	2	4	74¾ à 75¼ bz.
Neisse-Brieger	5 5/12	—	4	93½ bz
Niedrschl. Märk.	—	4	4	88½ G.
Niedrschl. Zwgb.	3⅔	5	4	76¾ B
Nordb. Fr.-Wilh.	4	—	4	96⅜ bz. u. G.
Oberschl. A.	11⅔	12	3½	198 etw. bz u. B.
dito B.	11⅔	12	3½	179 B.
dito C.	11⅔	12	3½	199 et.b. u.B [35 b.
Oestr.-Fr. St.-B.	5	—	5	135 à 34¾ à 35½ à
Oestr. südl. St.-B.	7½	—	5	97 à 96½
Oppeln-Tarnow.	3¼	—	5	73 bz.
R. Oderuf.-St.-A.	—	—	5	73¼ bz
R. Oderuf. St.-Pr.	—	—	5	86½ bz. u. G.
Rheinische	7	—	4	119¾ bz.
dito Stamm-Pr.	7	—	4	— — —
Rhein-Nahebahn	—	0	4	28½ à 28 bz
Stargard-Posen	4½	4½	4½	93½ B
Thüringer	—	—	4	132 bz.
Warschau-Wien.	8½	—	5	61¼ B

Bank- und Industrie-Papiere.

Berl. Kassen-V.	8¼	12	4	162½ G.
Braunschw. B.	—	0	4	94¼ B
Bremer Bank	6½	6	4	117½ G
Danziger Bank	7 8/10	8	4	112½ etw. bz.
Darmst. Zettelb.	7½	4	4	98⅞ G.
Geraer Bank	7⅝	7⅝	4	101¾ B.
Gothaer "	7½	6	4	91 B.
Hannoversche B.	4	5⅙	4	79 B.
Hamb. Nordd. B.	9	8½	4	117½ G.
" Vereins-B.	8 19/32	10 3/16	4	110½ G.
Königsberger B.	6½	7 7/10	4	112½ G.
Luxemburger B.	6	6	4	81¼ G.
Magdeburger B.	6½	5	4	88½ G
Posener Bank	6½	7½	4	101 G.
Preuss. Bank-A.	10 14/15	13⅙	4½	156 bz.
Thüringer Bank	4	4	4	65 etw. bz.
Weimar "	6½	4¼	4	81½ B.
Berl. Hand.-Ges.	8	8	4	114 bz.
Coburg Credb.A.	8½	4	4	71 G.
Darmstädter "	6½	4½	4	81½ bz u. G.
Dessauer "	—	0	—	2¼ G.
Disc. Com.-Anth.	6½	8	4	111⅞ bz.
Genfer Credb.-A.	—	0	4	22⅞ etw. bz.
Leipziger "	4	—	4	84½ G.
Meininger "	7	—	4	97¼ G.
Moldauer Lds.-B.	—	—	4	14¼ G.
Oesterr. Credb.A.	6⅓	—	5	77½ à ¼ bz.
Schl. Bank.-Ver.	7½	7½	4	114 B.
Minerva	1	—	5	28⅞ bz.
Fbr. v. Eisenbdf.	5½	10	5	137½ bz.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	10 T	143¼ bz.
dito dito	2 M.	142⅝ bz.
Hamburg 300 Mk.	8 T.	151⅝ bz.
dito dito	2 M.	151 bz.
London 1 Lst.	3 M.	6. 24 bz.
Paris 300 Frcs.	2 M.	81¼ bz.
Wien 150 Fl.	8 T.	84¼ bz.
dito	2 M.	83⅝ bz.
Augsburg 100 Fl.	2 M	56. 24 G.
Leipzig 100 Thlr.	8 T	99⅞ G.
dito dito	2 M	99 [illegible] G.
Frankfurt a. M. 100 Fl.	2 M	56. 26 G.
Petersburg 100 S.-R.	3 W	93 bz.
dito dito	3 M	91⅜ bz.
Warschau 90 S.-R.	8 T	84⅝ bz.
Bremen 100 Thlr. Gold	8 T	111¼ bz.

⊕ **Breslau**, 16. Decembr. Am heutigen Markte war bei belanglosen Zufuhren feste Haltung für Getreide vorherrschend.

Weizen preishaltend, pr. 84 Pfd. schlesischer weißer 100—113 Sgr., gelber 101—111 Sgr., feinste Sorte 2—3 Sgr. über Notiz bezahlt. — Roggen gut behauptet, pr. 84 Pfund 85—86 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. Gerste in geringer Waare vernachlässigt, pr. 74 Pfd. gelbe 53—56 Sgr., helle 59—61 Sgr., weiße 64—65 Sgr., feinste Sorte über Notiz bez. — Hafer fester, pr. 50 Pfd. 35—37 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Erbsen offerirt. — Wicken beachtet, pr. 90 Pfund 60 bis 63 Sgr. — Oelsaaten preishaltend. — Lupinen mehr angeboten, pr. 90 Pfd. gelbe 44—48 Sgr., blaue 42—45 Sgr. — Bohnen behauptet, pr. 90 Pfd. 85—100 Sgr. — Schlaglein mehr Frage. — Rapskuchen gute Kauflust, 64 bis 67 Sgr. pr. Ctnr.

	Sgr. pr. Schff.		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Weißer Weizen	101—109—114	Schlag-Leinsaat	180—194—203
Gelber Weizen	101—107—111	Winter-Raps	190—192—202
Roggen	85—86—87	Winter-Rübsen	176—186—190
Gerste	53—59—65	Sommer-Rübsen	158—168—178
Hafer	35—36—37	Leindotter	158—168—174
Erbsen	72—75—80		

Kleesaat, rothe wenig zugeführt, 13½—14½—15½ Thlr. pr. Ctr., weiße ohne Angebot, 19—20 Thlr. pr. Ctr., hochfein über Notiz.

Thymothee ohne Zufuhr, 9—10—10½ Thlr. pr. Ctr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. 28—38 Sgr., Metze 1¾—2 Sgr.

antwortlicher Redacteur: Dr. Stein.

Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.